

dbb *magazin*

5

Mai 2016 – 67. Jahrgang

Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Von Helfern zu Opfern?

Seite 4 <

Interview:

Klaus Bouillon,
Vorsitzender der
Innenminister-
konferenz der
Länder

Seite 6 <

Einkommensrunde 2016:

**4,75 Prozent –
viele gestaltet –
manches verhindert**



Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.

Für uns: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

In eigener Sache: Gegenwehr gegen Gewalt

Die Bundesrepublik Deutschland definiert sich als sozialer Rechtsstaat, der seinen Bürgern nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten auferlegt. Das Recht des Einzelnen endet dort, wo das Recht des anderen beginnt. Die Einhaltung der notwendigen Verhaltensnormen ist mit Gesetzen geregelt. Die so garantierte Freiheit aller wird indes seit Jahren zunehmend infrage gestellt und von Einzelnen durch schrankenlose Selbstverwirklichung ersetzt, die sich nicht an Recht und Gesetz gebunden fühlt. Pochend auf das zur Norm erhobene „Recht“ zum Ausleben jedweder Individualität wird anderen das beanspruchte Privileg indes nicht zugestanden. Subjektive Bedürfnisse und Ansprüche werden deshalb immer öfter mit Gewalt durchgesetzt. Manifest wird dies insbesondere gegenüber Andersdenkenden, Asylbewerbern, Minderheiten und zunehmend auch gegenüber Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes – bei Letzteren, weil sie den gesamtgesellschaftlichen Konsens durchsetzen und allein deshalb als Gegner gelten.

Polizeibeamte, Justizbedienstete, Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Lehrer, Mitarbeiter in Jobcentern, Sozialämtern und in nahezu allen Verwaltungsbereichen mit Bürgerkontakt werden beschimpft, angepöbelt, bedroht, verletzt und getötet. Das ist nicht hinnehmbar! Der Katalog der notwendigen Schutzmaßnahmen ist lang und reicht von besserer Schutzbekleidung und Bewaffnung bis hin zu intensiven Einlasskontrollen und Notfalltasten in den Büros. Doch das allein wird die raumgreifende Gewalt gegen die Mitarbeiter nicht beseitigen. Unerlässlich ist des Weiteren „eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas hin zu mehr Respekt untereinander“, so dbb Chef Klaus Dauderstädt anlässlich einer gemeinsamen Anti-Gewaltkonferenz von BMI und dbb am 5. April 2016 in Berlin. Unerlässlich ist drüber hinaus aber auch die konsequente Gegenwehr des Staates gegenüber überführten Gewalttätern mit allen gesetzlichen Mitteln: Sie sind als das zu behandeln, was sie sind:

als Kriminelle.

Impressum: Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.4081-40. Telefax: 030.4081-5599.

Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de

Chefredakteur: Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktion:** Christine Bonath (cri), Jan Brenner (br) sowie Michael Eufinger (ef), Britta Ibal (iba), Andreas Krause (ak), Sylvia Zapf (sz) und Dr. Frank Zitka (zit).

Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Titelbild: Jan Brenner

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift für Beamte, Angestellte und Arbeiter erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder einer Mitgliedsgewerkschaft des dbb ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementpreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 36,90 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer, der Bezugspreis für das Einzelheft 4,40 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Versandort: Geldern.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Layout: Dominik Allartz. **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 57 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2015. **Druckauflage:** 594 378 (IVW 4/2015). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. ISSN 0941-8156

> Schwerpunkt: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst



4



8



14



20



30



33



40

> aktuell

- > Interview mit Klaus Bouillon, Minister für Inneres und Sport des Saarlandes, Vorsitzender der IMK 4
- > Einkommensrunde 2016 für Bund und Kommunen: 4,75 Prozent – vieles gestaltet – manches verhindert 6
- > Demos und Warnstreiks: Der Vernunft Beine gemacht 8
- > Renten-/Pensionenvergleich: Substanzlos, aber medienwirksam 12
- > Versorgungsrücklage: Zukunftssicher gestalten 12
- > Gespräch mit Hessens Innenminister Peter Beuth: Kontaktpflege in Berlin 13
- > Anhörung im Bundesfamilienministerium: Schutz für alle Mütter 13

> fokus

- > Anti-Gewalt-Konferenz in Berlin: Was der Bürger der Gesellschaft schuldet 14
- > Panama-Papiere: Steueroasen und Briefkastenfirmen konsequent bekämpfen 18
- > Arbeitsbelastung der Beschäftigten: Einsatzzeiten dürfen nicht verfallen 18
- > Einkommensrunde – Mahnwachen der dbb jugend: Arbeitgeber müssen handeln 20
- > Jugend- und Auszubildendenvertretungen: dbb-Jugendverbände legen zu 21

> spezial

- > Die andere Meinung: Ein Dreiklang gegen die Gewalt 24
- > Sozialwahl 2017 – unsere Kandidaten 25
- > Der Fall des Monats 27
- > dbb vorteilswelt 27
- > 12. Frauenpolitische Fachtagung: Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt? 30
- > 24. Europäischer Abend: Europas Zukunft – Aufbruch oder Abbruch 33
- > Alterseinkünfte: Sattes Rentenplus 38

> finale

- > Glosse: Päckchen nach Panama 39
- > Sichere Behördenkommunikation: Die Katze im Sack lassen 40
- > Mitgliedsgewerkschaften 42

Interview mit Klaus Bouillon, Minister für Inneres und Sport des Saarlandes, Vorsitzender der IMK:

Der Verrohung des gesellschaftlichen Miteinanders muss energisch entgegengetreten werden

dbb magazin

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden beschimpft, bedroht, verletzt, getötet. Welche Ursachen liegen diesem menschenverachtenden Handeln zugrunde und welche Maßnahmen haben die Länder ergriffen, diese zu beseitigen?

Klaus Bouillon

Wir müssen leider feststellen, dass immer öfter Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beschimpft, bedroht oder sogar verletzt werden. Hier hat sich eine Verrohung des gesellschaftlichen Miteinanders entwickelt, der man meines Erachtens energisch entgegenreten muss. Dies beginnt bei der Erziehung in den Familien, dem Umgang in den Schulen und geht bis hin zur Forderung nach schärferen Gesetzen, um den Menschen, die diese Dinge tun, deutlich zu zeigen: „Es geht bis hier hin und nicht weiter.“

Ich bin zurzeit in meiner Funktion als Vorsitzender der Innenministerkonferenz dabei, unter meinen Kollegen für eine Verschärfung der Gesetze und für eine Erweiterung des Personenkreises, der unter speziellen Schutz gestellt werden muss, zu werben.



M. Schönberger

dbb magazin

Was tun die Länder konkret, um ihre Mitarbeiter vor Gewalt zu schützen, Herr Minister?

Klaus Bouillon

Wir sind im Saarland derzeit bemüht, eine verschärfte Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) auf Bundesebene zu erreichen. Des Weiteren befinden wir uns in Verhandlungen mit dem Justizministerium und treten dafür ein, dass kein Strafverfahren, insbesondere wenn es um Gewalt gegen Mitglieder der Polizei geht, eingestellt wird.

dbb magazin

Die Bürger haben Angst und rüsten auf. Nie zuvor sind mehr Gas- und Schreckschusswaffen verkauft worden als in den letzten Monaten. Geht das Vertrauen in die Polizei verloren?

Klaus Bouillon

Die Ereignisse an Neujahr haben sicher zu einer Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Doch ich denke, dass sie uns allen die Augen geöffnet haben. Die Länder haben bereits reagiert, überall wird die Polizei-Struktur deutlich verstärkt.

dbb magazin

Im Berliner „Tagesspiegel“ haben Sie davor gewarnt, in diesem Jahr mehr Flüchtlinge aufzunehmen als 2015, weil es dann Unruhen und Gewalt geben werde sowohl in den Einrichtungen

als auch zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung: Kann die Polizei den Schutz der Menschen in einer solchen Situation noch gewährleisten?

Klaus Bouillon

Gott sei Dank sieht es so aus, dass wir 2016 deutlich weniger Flüchtlinge in Deutschland haben werden. Und überwiegend ist es in den Flüchtlingsunterkünften in den letzten Monaten in aller Regel nicht zu größeren Unruhen und Gewaltausbrüchen gekommen; wobei man feststellen muss, dass es naturgemäß unter so vielen Menschen, die auf engem Raum zusammen leben, immer zu Unruhen kommt.

Die Polizei kann auch in schwierigen Situationen für den Schutz der Menschen sorgen, eine absolute Sicherheit kann es jedoch nie geben.

dbb magazin

Anfang März haben Sie gemeinsam mit BAMF-Leiter Frank-Jürgen Weise das Ankunfts-Zentrum Lebach – eines der ersten in Deutschland – in Betrieb genommen. Können Sie schon etwas über erste Erfahrungen der „gemeinsamen Behörde“ von Landesverwaltung und BAMF sagen?

Klaus Bouillon

Die ersten Erfahrungen unserer gemeinsamen Behörde in Lebach sind sehr positiv: Wir haben zurzeit

die am schnellsten arbeitende gemeinsame Behörde in Deutschland, die Mitarbeiter machen einen tollen Job! Das bedeutet, dass es bei einfachen Fällen in der Regel innerhalb von 48 Stunden zur Asylantragstellung kommt, teilweise finden sogar Beratungen statt, um die Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Dank der schnelleren Bearbeitung der Asylverfahren durch die gemischte Behörde konnten in den letzten Monaten in Lebach alle Rückstände aufgearbeitet werden.

dbb magazin

Im Saarland gibt es das Projekt „Zukunftssichere

Landesverwaltung“, in dem Gewerkschaften und Landesregierung zusammenarbeiten, um den öffentlichen Dienst fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Schließt das auch eine aufgabengerechte Personalausstattung ein?

Klaus Bouillon

Das Projekt „Zukunftssichere Landesverwaltung“ mit den Gewerkschaften und der Landesregierung läuft gut. Es ist bisher gelungen, den vielfältigen Interessen aller weitgehend gerecht zu werden. Die Atmosphäre ist sachlich und auch was die aufgabengerechte Personalausstattung angeht, wurden bisher immer konsensuale Lösungen gefunden. ■

Klaus Bouillon ...



M. Schönberger

... Jahrgang 1947, wuchs im saarländischen St. Wendel auf. Dort ging er auf die Volksschule und machte 1966 Abitur am Gymnasium in Ottweiler. Anschließend diente er 1967/68 als Reserveoffiziersanwärter bei der Bundeswehr. In den Jahren 1969 bis 1974 studierte Bouillon Jura an der Universität des Saarlandes und absolvierte von 1974 bis 1976

sein Referendariat. 1976 war er ein Jahr als Anwalt tätig, bevor er 1977 Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Werner Zeyer, MdB, im Deutschen Bundestag wurde. Danach arbeitete er von 1977 bis 1979 als Referent bei der Landesversicherungsanstalt des Saarlandes. Von 1980 bis 1982 amtierte Bouillon als Richter kraft Auftrages am Landgericht/ Sozialgericht Saarbrücken. Seit 1983 übte er das Amt des Bürgermeisters der Kreisstadt St. Wendel aus. Am 12. November 2014 wurde Bouillon, der der CDU angehört, als Innen- und Sportminister des Saarlandes vereidigt. Seit dem 1. Januar 2016 hat das Saarland – und somit Klaus Bouillon als zuständiger Minister – turnusgemäß den Vorsitz der Innenministerkonferenz der Länder inne. Klaus Bouillon ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Einkommensrunde 2016 für Bund und Kommunen:

4,75 Prozent – vieles gestaltet – manches verhindert

Am späten Abend des 29. April 2016 einigten sich die Tarifparteien in Potsdam auf einen Kompromiss. „Bei Entgeltordnung, Zusatzversorgung und Linearanpassung haben die Gewerkschaften substanzielle Erfolge erzielt“, bewertete der dbb Verhandlungsführer Willi Russ das Ergebnis.



➤ Zufriedene Mienen nach erfolgreichem Abschluss: dbb Tarifchef Willi Russ, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, Bundesinnenminister Thomas de Maizière und VKA-Präsident Thomas Böhle (von links).



➤ Kurz vor Schluss noch einmal kräftig Druck gemacht: Beschäftigte demonstrierten am 28. April 2016 zum Auftakt der letzten Verhandlungsrunde in Potsdam.

Russ: „Die neue Entgeltordnung ist ein struktureller Meilenstein und eine lineare Einkommenserhöhung mit tabellenwirksamen 4,75 Prozent ist mehr, als zwischenzeitlich möglich schien.“ Diese Einigung bedeute reale Einkommensverbesserungen, „die sich die Kolleginnen und Kollegen verdient haben und direkt im Geldbeutel spüren werden“.

■ Entgeltordnung unter Dach und Fach

Nach mehr als einem Jahrzehnt der Verhandlungen über ein neues Eingruppierungssystem mit unzähligen Unterbrechungen wird jetzt eine Vielzahl Beschäftigter von der Entgeltordnung profitieren. Beispielsweise ergeben sich Verbesserungen für die Beschäftigten in der allgemeinen Verwaltung, die nach Inkrafttreten des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) neu eingestellt oder umgruppiert worden waren. Beschäftigte mit abgeschlos-

sener dreijähriger Berufsausbildung und entsprechender Tätigkeit werden mindestens der Entgeltgruppe 5 zugeordnet. Weitere Verbesserungen gibt es unter anderem in den Gesundheitsberufen, der IT und zahlreichen einzelnen Berufsgruppen, wie beispielsweise den Schulhausmeistern.

Auch mit Blick auf die betriebliche Zusatzversorgung konnten sich die Gewerkschaften

mit ihrem flexiblen Ansatz durchsetzen. Russ: „Bei den Zusatzversorgungskassen, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten stecken, wird der Finanzierungsbeitrag von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen erhöht. Das ist nachhaltig, sachgerecht und fair.“

Leider habe man nicht alle Forderungen durchsetzen können, ergänzte der dbb Tarifchef:

„Bei der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden und bei der sachgrundlosen Befristung konnten wir die Arbeitgeber nicht von ihrem Irrweg abbringen. Bund und Kommunen schaden damit weiter der Attraktivität des öffentlichen Dienstes vor allem bei jungen Kolleginnen und Kollegen. Das wird sich angesichts der demografischen Krise noch rächen.“

■ Übertragung auf Bundesbeamte

Willi Russ begrüßte die Aussage des Innenministers, die Tarifeinigung zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes zu übertragen. Erst danach werde für den dbb die Tarifrunde beendet sein: „Denn auch das ist sachgerecht, nachhaltig und fair“, sagte Russ. Die dbb bundestarifkommission hat das Tarifpaket noch vor Ort diskutiert und der Einigung zugestimmt. ■

➤ Die Eckpunkte der Einigung

- Lineare Entgelterhöhung ab 1. März 2016 um 2,4 Prozent und ab 1. Februar 2017 um weitere 2,35 Prozent.
- Entgelterhöhung für die Auszubildenden ab 1. März 2016 um 35 Euro und ab 1. Februar 2017 um weitere 30 Euro (plus jährlichem Lehrmittelzuschuss von 50 Euro).
- Neue Entgeltordnung im kommunalen Bereich ab 2017 (inklusive stufengleicher Höhergruppierung).
- Flexible Absicherung der kommunalen Versorgungskassen (konkreter Nachweis des Bedarfs, paritätische Finanzierung, Arbeitnehmerbeitrag bis 0,4 Prozent).

Alle Hintergrundinformationen:
www.dbb.de/einkommensrunde2016

Endlich mehr Freiraum.



Das neue Wüstenrot Wohnsparen.
So können auch Sie Ihren Wohnraum
immer wieder neu erfinden.

Jede Lebensphase bringt neue Bedürfnisse mit sich. Ob Wellness-Bad, sonniger Wintergarten oder Dachausbau – verwirklichen Sie Ihre Modernisierungspläne und bringen Sie neuen Schwung in Ihr Zuhause. Gerade jetzt profitieren Sie dabei von besonders niedrigen Darlehenszinsen.

**dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
sparen 50% der Abschlussgebühr beim
Abschluss eines Bausparvertrages!¹⁾**

Machen Sie Ihre Träume wahr – telefonisch, persönlich oder online:

- Gleich beraten lassen oder Termin vereinbaren unter 030/4081 6444
- Mehr Informationen im Internet unter www.dbb-vorsorgewerk.de

1) Dieser Mitgliedsvorteil ist in den Allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge (ABB) für sämtliche Wüstenrot „Wohnspartarife“ verbrieft; jedes Mitglied hat somit Anspruch auf Ersparnis der halben Abschlussgebühr.



wüstenrot

Wünsche werden Wirklichkeit.



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

Demos und Warnstreiks:

Der Vernunft Beine gemacht

Zwischen den Potsdamer Verhandlungsrunden hatten tausende Beschäftigte den ganzen April über bundesweit auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht – mit Demonstrationen und in der Folge des unzureichenden Arbeitgeberangebots nach der zweiten Runde auch mit Warnstreiks.

In einer ersten Aktionswelle waren Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven, Erfurt, Flensburg, Fulda, Rostock und Salzgitter auf die Straße gegangen. In Bremerhaven kritisierte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Siegfried Damm, die Haltung der Arbeitgeber: „In Potsdam mussten wir uns von den Arbeitgebern anhören, dass es für unsere Einkommen keinen Nachholbedarf geben würde. Das ist nicht richtig, sondern nur polemisch. Denn auch wenn der Staat derzeit dank guter Steuereinnahmen im Geld schwimmt, seine Beschäftigten tun es nicht.“

In Erfurt machten die Teilnehmer, darunter Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit sowie Mitglieder der Jugend, mit Transparenten und in Sprechchören auf dem Fischmarkt vor dem Rathaus deutlich, dass sie Verhandlungsergebnisse statt Hinhaltenaktiken erwarten. „Deutschland hatte 2015 Rekordsteuereinnahmen – daran müssen auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen teilhaben!“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Jens Weichelt.

Bundes- und Kommunalbeschäftigte zeigten auch in Flensburg Flagge, um ihre Forderungen in der Einkommensrunde 2016 zu unterstreichen.

■ Personal fehlt

Die Teilnehmer, darunter Beschäftigte des Kraftfahrt-Bundesamtes, zogen mit Transparenten durch die Innenstadt und machten auf einer Abschlusskundgebung am Südermarkt deutlich, dass sie Ergebnisse erwarten. „Dem öffentlichen Dienst fehlt an allen Ecken und Enden Personal. Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen wer-

den die Attraktivität der Arbeitsplätze nicht steigern, indem sie Beschäftigte wie Bittsteller behandeln und dem Nachwuchs zeitgemäße Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen verweigern“, rief dbb Verhandlungsführer Willi Russ.

Mehr Bewegung der Arbeitgeberseite haben auch die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Hessen gefordert. Arbeitnehmer von Kommunalverwaltungen und Bundesbehörden traten am 6. April 2016 im ganzen Land in den Warnstreik. „Wertschätzung sieht anders aus“, kritisierte Siegfried



Jan Brenner

> Rostock



Björn Haker

> Bremerhaven



> Fulda



> Erfurt

Damm bei der zentralen Kundgebung in Fulda. Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, unterstrich die Leistungen der Beschäftigten und appellierte an die kommunalen Arbeitgeber, „abzulassen von Plänen, in Gestalt von Leistungseinschnitten bei der betrieblichen Altersvorsorge auch noch in die Tasche der Kolleginnen und Kollegen zu greifen“. Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe warnte vor einer „schlechten Signalwirkung“ für die Nachwuchsgewinnung des öffentlichen Dienstes, sollten die Arbeitgeber nicht bald ein deutliches Zeichen der Wertschätzung setzen.

„Wir sollten die enormen Vorleistungen im Blick haben, die die Beschäftigten bei Bund und Kommunen seit Monaten erbringen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. Dafür erwarten sie zu Recht eine faire Behandlung und die Anerkennung ihrer Leistung“, sagte Willi Russ in Rostock. Der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, kritisierte, dass der Nachholbedarf der Kolleginnen und Kollegen von der Arbeitgeberseite bestritten werde. „Wer so argumentiert, setzt die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes aufs Spiel“, warnte Knecht.

Beamte solidarisch

In Salzgitter brachte der stellvertretende Vorsitzende



Unermüdlicher Streiter: dbb Tarifchef Willi Russ kämpft gemeinsam mit den Mitgliedern der dbb bundestarifkommission für faire Löhne und moderne Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst.

der dbb Bundestarifkommission, Andreas Hemsing, den Unmut auf den Punkt: „Wie wäre es denn um die viel gepriesene ‚Willkommenskultur‘ in Deutschland bestellt, wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Aufgaben nicht Tag für Tag zuverlässig, engagiert und kompetent erledigen würden?“ Der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer ließ keinen Zweifel daran, dass die Tarifbeschäftigten mit der Unterstützung der Beamtenschaft rechnen können: „Die beamteten Kolleginnen und Kollegen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen stehen solidarisch zu den Warnstreikenden“, so Schäfer.

In der dritten Aprilwoche 2016 kam es erneut zu bundesweiten Warnstreiks im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Schwerpunkte waren Thüringen, Niedersach-

sen und das Saarland sowie Berlin und Baden-Württemberg. „Wer den öffentlichen Dienst fit für die Herausforderungen der Zukunft machen will, muss seinen Beschäftigten auch eine entsprechende Perspektive bieten“, sagte der Vorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, in Erfurt. Das von Arbeitgeberseite in der letzten Verhandlungsrunde gemachte Angebot bezeichnete er als „Augenwischerei“.

Im niedersächsischen Peine versammelten sich am 21. April rund 1 000 Beschäftigte aus der Region, um zu demonstrieren. Unterstützung erhielten sie vom dbb Verhandlungsführer Willi Russ und dem Vorsitzenden des NBB Friedhelm Schäfer. Mit originellen Ideen in Form von Sand streuenden Beschäftigten und „Sargträgern“ zogen sie durch die Innenstadt.

Am gleichen Tag gab es auch in Saarbrücken eine große Kundgebung mit über 7 000 Teilnehmern. Der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Karl-Heinz Leverkus, bezeichnete dort das Angebot von Bund und Kommunen als „Mogelpackung“. Außerdem sei die Untätigkeit der Arbeitgeber bei der Festbeschreibung der unbefristeten Übernahme von Auszubildenden nicht nachvollziehbar. Ewald Linn, der Vorsitzende des dbb saar, warnte die Arbeitgeber vor einer Fortsetzung dieser Hinhaltetaktik: „Angesichts der Rekordwerte bei den Steuereinnahmen wollen die Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.“

In Berlin hatten am 20. April etwa 800 Beschäftigte, darunter viele Bundesbeamte, ihren Frust über das Verhalten der Arbeitgeber in das Herz der Hauptstadt getragen. „Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber ihre Stimme erheben dürfen sie sehr wohl. Die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifschlusses auf die Bundesbeamten ist nicht verhandelbar“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, bei der Auftaktkundgebung.

In Stuttgart gingen an diesem Tag 1 100 Bundes- und Kommunalbeschäftigte auf die



Flensburg



Salzgitter



Stuttgart



Berlin

Straße. Siegfried Damm ging bei der dortigen Kundgebung mit der Arbeitgeberseite hart ins Gericht: „Wir werden uns die zustehende Wertschätzung für unsere Arbeit erkämpfen.“

■ Zweite Warnstreikwelle

Vor der dritten Verhandlungsrunde kam es bundesweit erneut zu Warnstreiks und Kundgebungen mit mehreren Tausend Teilnehmern. Bei einer Kundgebung mit über 7 000 Demonstranten sagte der dbb Verhandlungsführer Willi Russ am 27. April 2016 in Bochum: „Was jetzt als ‚Angebot‘ auf dem Tisch liegt, hat mit Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten überhaupt nichts zu tun.“ In der Öffentlichkeit habe der „schändliche Drei-Prozent-Taschenspielertrick der Arbeitgeber leider gut funktioniert“, kommentierte Russ die Aussagen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière und des Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle. „Manche denken wirklich, wir hätten drei Prozent angeboten bekommen. Tatsache ist jedoch, dass aufgrund der Zahlungskonditionen am Ende deutlich weniger unterm Strich stehen würde. Das Ganze dann als Drei-Prozent-Angebot zu verkaufen, ist, vornehm ausgedrückt, ‚geschummelt‘! Wir sind stinksauer und erwarten einen vernünftigen Kompromiss.“

Wohin die Blockade der Arbeitgeber führen kann, zeigten am gleichen Tag die Warnstreiks des Bodenverkehrsdienstes an Flughäfen. So mussten etwa in Frankfurt etwa 400 der mehr als 1 300 geplanten nationalen und internationalen Flüge gestrichen werden, in München 740 von 1 100.

■ Warnstreiks von Nord bis Süd

Warnstreiks gab es auch in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. In Kiel und Salzgitter versammelten sich jeweils weit über tausend Teilnehmer zu zentralen Kundgebungen, um ebenfalls lautstark ihre Kritik an den Arbeitgebern zum Ausdruck zu bringen. „Die Arbeitgeber mauern immer noch“, sagte Andreas Hemsing in Kiel. „Aber nicht nur die Einkommenssteigerung ist strittig. Die Diskussion um die Zusatzversorgung muss beendet werden. Ebenso sollten sachgrundlose Befristungen endlich der Vergangenheit angehören.“ Die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, mahnte: „Wir brauchen einen ordentlichen Tarifaabschluss, und wir brauchen dessen Übertragung auf die Beamten. Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst. Und für einen starken öffentlichen Dienst brauchen wir faire Einkom-

men.“ Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, betonte: „Der Norden steht zusammen. Auch, um die hier oben noch greifbare Tarifmauer zwischen Ost und West endlich einzureißen.“

In Salzgitter stellte Jens Weichelt die Leistungen des öffentlichen Dienstes heraus: „Die Beschäftigten sind jeden Tag – manchmal rund um die Uhr – im Einsatz, um unser Gemeinwesen am Laufen zu halten. Dafür haben sie Anerkennung verdient, die in einer gerechten Bezahlung zum Ausdruck kommen muss.“

In Nürnberg demonstrierten 1 000 Beschäftigte für ihre Forderungen. „Das ist ein Billigangebot, das wir nicht haben wollen“, empörte sich Siegfried Damm mit Blick auf die Arbeitgeberposition.

■ Jugend sorgt sich um Zukunft

Vertreter der Jugendorganisationen im dbb brachten auf den zahlreichen Kundgebungen ihre Sorge um die Zukunft des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck. Die Vorsitzende der dbb jugend schleswig-holstein, Karoline Herrmann, sagte bei der Demo in Kiel: „Guten Nachwuchs bekommt der Staat nur, wenn er auch entsprechende Perspektiven anbieten kann.“

Deshalb muss nach einer erfolgreichen Ausbildung die unbefristete Übernahme stehen.“ Christian Dröttboom, Landesjugendleiter der komba jugend nrw brachte in Bochum die Gedanken vieler junger Beschäftigter auf den Punkt: „Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Wer seine Belegschaft über Jahre kaputtspart und gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben überhäuft, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich motivierte Berufseinsteiger lieber einen anderen Arbeitgeber als den öffentlichen Dienst suchen.“ In Nürnberg hatte der stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend bayern, Andreas Götz, bereits festgestellt: „Für ihre Arbeit verdienen auch Berufseinsteiger Beschäftigungsverhältnisse ohne Befristung und gerechte Bezahlung!“

br/ef

> Kundgebungen, Demos und Warnstreiks

4. April	Rostock
5. April	Bremerhaven
6. April	Erfurt, Fulda
7. April	Flensburg, Salzgitter
20. April	Berlin, Stuttgart
21. April	Peine, Saarbrücken
22. April	Erfurt
25. April	Nürnberg
26. April	Kiel, Salzgitter
27. April	Bochum, Frankfurt Flughafen



> Peine



> Salzgitter



> Kiel



> Nürnberg

Kommentar:

Eher ein Etappensieg

Geschafft. Am späten Freitagabend stieg weißer Rauch auf, nachdem die Tarifkommissionen der Gewerkschaften dem diesjährigen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen zugestimmt haben. Die Beteiligten reden von einem „tragbaren Kompromiss“ – sicher, sonst hätten sie nicht unterschrieben. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es ein guter Abschluss, zumindest beschreibt er das, was zu holen war.

Die Gewerkschaften haben ein deutlich höheres Lohnplus herausgeholt als das, was die Arbeitgeberseite zunächst angeboten hatte; auch bei den Auszubildenden. Und vor allen Dingen ist nach einem Jahrzehnt des Rechnens und Verhandelns endlich die neue Entgeltordnung unter Dach und Fach, die für viele Beschäftigte mehr Geld im Portemonnaie bedeutet.

Die andere Seite der Medaille ist, dass sich an den wesentlichen Problemen wieder nichts ändert. Für die Entgeltordnung geben die Beschäftigten einen Teil ihres Weihnachtsgeldes auf Jahre ab. Bei den sachgrundlosen Befristungen sind

die Gewerkschaften keinen Schritt weitergekommen auch nicht bei der unbefristeten Übernahme. Forderungen nach Leistungskürzungen bei der Zusatzversorgung konnten zwar zurückgewiesen werden, dafür sind Beitragserhöhungen fällig. Es fällt ebenso schwer, sich über den Abschluss richtig zu freuen wie ihn in Bausch und Bogen zu verurteilen. Die „Wirtschaftswoche“ schrieb in einem Kommentar von einem Sieg nach Punkten. Es ist eher ein Etappensieg.

Fakt ist: Ein Ende des Personalabbaus ist nicht in Sicht, der Investitionsstau und die Arbeitsbelastung werden weiter wachsen. Die „Schwarze Null“ bleibt das politische Gebot der Stunde. Dass nicht mehr Geld für den öffentlichen Dienst in die Hand genommen wird, ist in erster Linie eine politische Entscheidung. Wenn kommunale Arbeitgeber den Abschluss als „schmerzhaft“ bezeichnen, dann stimmt das. Aber diese Schmerzen fügen ihnen nicht die Gewerkschaften zu, sondern die politischen Entscheidungsträger in den Regierungen, die nicht bereit sind, endlich einen neuen Weg einzuschlagen.

Jörg Meyer



> Frankfurt Flughafen

Andreas Wann



> Bochum

Friedhelm Lindmüller

Norman S.,
langjähriges
dbb-Mitglied

Kredite ablösen oder Wünsche erfüllen - Freiräume schaffen!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von 10.000 € bis 60.000 €
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie



Jetzt unverbindliches Angebot anfordern!

Telefonisch unter: 030 / 4081 6425



oder online unter:
www.dbb-vorsorgewerk.de/bd_anfrage

dbb vorsorgewerk GmbH
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Tel.: 030 / 4081 6425
Fax: 030 / 4081 6499

beamtendarlehen@dbb.de
www.dbb-vorsorgewerk.de

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Renten-/Pensionenvergleich:

Substanzlos, aber medienwirksam

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt kritisierte in einem Interview mit der Rheinischen Post (Ausgabe vom 23. April 2016) den in der politischen und medialen Debatte aktuell wieder thematisierten verkürzten Vergleich zwischen Durchschnittsrente und Durchschnittspension.

„Bei gleichen Berufen, gleicher Qualifikation und gleichen Erwerbsvoraussetzungen liegen die Pensionen nur um ein Prozent über der Rente.“ Dies habe eine Untersuchung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg bereits 2011 ergeben. Drei Viertel der

Beamten hätten eine Universität oder eine Fachhochschule besucht, sie seien höher qualifiziert als der Durchschnitt der Rentner und bezögen „deshalb durchschnittlich auch höhere Einkommen und höhere Alterseinkünfte“, sagte Dauderstädt.

Ferner wies der dbb Chef darauf hin, dass Beamtenversorgung und Rentenversicherung zwei völlig unterschiedliche Systeme seien. Würden Beamte auch in die Rentenversicherung einzahlen, wäre das ein Systemwechsel, der nicht mit dem Art. 33 Grundgesetz vereinbar wäre und für den Staat noch viel teurer würde. „Ein Problem ist, dass es immer noch einzelne Gruppen gibt, etwa Selbstständige, die gar keine eigene Altersversorgung aufgebaut haben. Hier plädiere ich für eine obligatorische Altersversorgung. Wir brauchen eine allgemeine

Versicherungspflicht wie in der Kranken- und Pflegeversicherung auch in der Rentenversicherung.“ Zum Thema „Pensionslasten“ wies Dauderstädt auf die eingerichteten Pensionsfonds in vielen Ländern hin, um Rücklagen für die Pensionen zu bilden. „Die Beamten verzichten dafür seit Jahren auf 0,2 Prozent bei jeder Besoldungserhöhung, damit die Haushalte nachher entlastet werden. Auch im Bund werden für neue Beamte Rücklagen gebildet, aus denen die Pension finanziert werden kann“, sagte Dauderstädt.

©mankale – Fotolia.com

12

aktuell

Versorgungsrücklage:

Zukunftssicher gestalten

2017 laufen die geltenden gesetzlichen Regelungen zur Ausgestaltung der Versorgungsrücklage aus. Die Bundesregierung will die Versorgungsrücklage zukunftsfest machen und an die aktuellen Kapitalmarktbedingungen anpassen.

Der dbb hat beim Beteiligungsgespräch zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften am 27. April 2016 im Bundesministerium des Innern in Berlin Stellung zu den geplanten Gesetzesänderungen genommen und das konsequente Umsteuern auf eine zumindest partielle Kapitaldeckung als richtigen Weg zur langfristigen Stabilisierung und haushaltsgerechten Sicherung der Beamtenversorgung begrüßt.

Der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretende

Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra sprach sich dafür aus, Versorgungskosten über Versorgungsrücklagen und -fonds mittelfristig eigenständig finanziell abzusichern und gegen Zugriffe zur Sanierung der Haushalte zu schützen. „Die ab 1999 eingeführten Versorgungsrücklagen und deren Fortführung beim Bund sind ein wichtiger Aspekt zur Abdeckung der künftigen Versorgungsausgaben. Positiv ist dabei, dass die Verminderung bei Bezügeanpassungen nur noch einmal pro Besoldungsrunde durchgeführt werden soll. Kritisch sieht der dbb jedoch den beabsichtigten langen Zeit-



> Paul Johannes Fietz, Leiter der Abteilung D öffentlicher Dienst im Bundesministerium des Innern (links) und dbb Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra

raum der Weiterführung bis zum Jahr 2031 und plädiert dagegen für eine Fortschreibung nur bis zum Jahr 2025“, sagte Benra.

Der dbb stimme mit der Bundesregierung darin überein, das Anlagespektrum der Sondervermögen unter den äußerst schwierigen Kapitalmarktbedingungen zu flexibilisieren. „Allerdings legen wir großen

Wert darauf, dass dies unter strikter Beachtung des Aspektes einer nachhaltigen Anlagesicherheit geschieht und keine übermäßigen Risiken und Kosten für das zurückgelegte Kapital entstehen.“ Benra beklagte, dass Kindererziehungszeiten und die Verbesserungen bei der sogenannten Mütterrente nicht in das Beamtenversorgungsrecht übertragen wurden.

Gespräch mit Hessens Innenminister Peter Beuth: Kontaktpflege in Berlin

Am 13. April 2016 trafen sich Hessens Innenminister Peter Beuth und dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, sowie dbb Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, zu einem Meinungsaustausch im dbb forum in Berlin.



Jan Brenner

> dbb Vize Willi Russ, der hessische Innenminister Peter Beuth und dbb Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra (von links)

Russ leitete das Gespräch mit einer Schilderung des aktuellen Stands bei den Eingruppierungsverhandlungen für Lehrer (EGO-Verhandlungen) mit der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) ein. Wenn diese die letzten Hürden überwinden, sei das Ergebnis deutlich zeitgemäßer als entsprechende Werke im Länderbereich. In diesem Sinne leitete Russ daraus die Notwendigkeit ab, auch im Länderbereich (TV-L) und auch in Hessen (TV-H) notwendige Modernisierungen nicht auf die lange Bank zu schieben, zumal es in Hessen, anders als im übrigen Länderbereich, für die dortigen Lehrkräfte noch immer keine Entgeltordnung gibt und dort weiterhin mit den Arbeitgeberrichtlinien

gearbeitet wird. Aber auch in anderen Bereichen bestehe Verhandlungsbedarf.

Beuth zeigte sich grundsätzlich gesprächsbereit. Russ und Beuth sehen die hessische Einkommensrunde im Frühjahr 2017 als geeigneten Rahmen für solche Themen. Für diese Einkommensrunde in Wiesbaden mahnte Benra eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Bestandteils des Ergebnisses auf die hessischen Landes- und Kommunalbeamten an. Beuth lehnte das nicht grundsätzlich ab, machte dies jedoch auch von der Höhe des linearen Abschlusses abhängig und verwies auf die finanzpolitischen Ziele der hessischen Landesregierung.

Anhörung im Bundesfamilienministerium: Schutz für alle Mütter

Der dbb hat am 5. April 2016 im Rahmen einer Anhörung beim Bundesfamilienministerium zur geplanten Novellierung des Mutterschutzrechts Stellung genommen.

Als Vertreterin des dbb begrüßte Milanie Hengst, Beisitzerin in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung, zunächst, dass das neue Mutterschutzgesetz übersichtlicher und anwendungsfreundlicher werden soll.

Sie machte aber auch deutlich, dass für alle Frauen ein einheitlicher Schutz während der Schwangerschaft und in der Stillzeit gelten müsse. Es sei daher nicht nachvollziehbar, dass eine ursprünglich vorgesehene Ausweitung des Mutterschutzes auch auf Schülerinnen, Studentinnen und Praktikantinnen in der jetzigen Fassung des Gesetz-

entwurfs nicht mehr zu finden sei. Sie forderte den Gesetzgeber daher auf, hier nachzubessern.

Der dbb begrüße die Einführung eines neu einzurichtenden Ausschusses für Mutterschutz nach dem Vorbild der Ausschüsse für Arbeits- und Gesundheitsschutz, so Hengst. Es sei sinnvoll, sich in einem solchen Gremium über praxisgerechte Regeln zur Umsetzung und zur Verbesserung des Mutterschutzes auszutauschen. Milanie Hengst hob hervor, dass der dbb großes Interesse daran habe, sich mit seiner Expertise aktiv in diesen neuen Ausschuss einzubringen.



DSTG

> Milanie Hengst (rechts) und Petra Mackroth, Abteilungsleiterin Familienpolitik im BMFSFJ, am Rande der Anhörung zur Novellierung des Mutterschutzrechts.

Anti-Gewalt-Konferenz in Berlin:

Was der Bürger der Gesellschaft schuldet

„2015 erschießt ein Landwirt einen Mitarbeiter des Veterinäramts in Nauen. 2014 wird ein Beamter des Finanzamts Rendsburg von einem Steuerberater ermordet. 2012 ersticht ein Arbeitsloser eine Sachbearbeiterin im Job-Center Neuss.“ Bundesinnenminister Thomas de Maizière braucht drei kurze Sätze, um alle Aufmerksamkeit auf sich und das Thema der gemeinsamen Konferenz von BMI und dbb zu ziehen: „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.“

empfundene wird, wenn Grausamkeiten und Massaker in den Medien Einschaltquoten erhöhen und wenn in den sozialen Netzwerken die verbalen Auseinandersetzungen tausendfach entgleisen, entsteht ein gewalttätiges Klima, das auch das Verhältnis von Bürger und Staat und seinen Bediensteten nicht ausklammert.“ Aber es sei eben nicht nur ein genereller Werteverfall. In den vergangenen Jahren sei viel Nachdruck auf die Dienstleistungs- und Kundenorientierung des öffentlichen Dienstes gelegt worden. Kundenorientierung, so der dbb Chef, relativiere aber auch die Wahrnehmung von der Autorität und dem Gewaltmonopol des Staates, vor allem bei den hoheitlichen Aufgaben. „Haben wir dadurch nicht auch eine Abholmentalität entstehen lassen, die dann zu Frust führt, wenn das Erwartete nicht bereitliegt?“

Der Bundesinnenminister stimmt Klaus Dauderstädt hier prinzipiell zu. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, dass Beamte immer nur gute Nachrichten überbringen. Thomas de Maizière: „Eine Polizei, die immer nur Freund und Helfer sein will, muss bei Sanktionsmaßnahmen erst recht mit Widerstand rechnen.“ Was ist also zu tun? Auch hier weitgehende Einigkeit zwischen dbb Chef und Innenminister. Niemand wolle eine Abriegelung oder Bewaffnung des öffentlichen Dienstes, aber, so Dauderstädt: „Wir wollen auch nicht, dass die Kollegen Angst haben müssen, zum Dienst zu kommen.“ Es seien inzwischen schon etliche sinnvolle organisatorische, technische und bauliche Maßnahmen ergriffen worden: Alarmknopf, Fluchttür, Großraumbüro, Bodycams, Deeskalationsschulungen.

Konsequente Gesetzgebung

Alles richtig und wirksam, aber all das muss auch von einer konsequenten Gesetzgebung

Die Idee zu dieser gemeinsamen Konferenz am 5. April 2016 geht auf den Antrittsbesuch von Klaus Dauderstädt beim Bundesinnenminister im Januar 2013 zurück und auf einen Beschluss des dbb Gewerkschaftstags zwei Monate zuvor, „sich dafür einzusetzen, Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes vermehrt zu thematisieren, gesellschaftlich zu ächten und mit Nachdruck zu unterbinden“.

Den rund 200 Teilnehmern im großen Konferenzsaal des Bundesministeriums des Innern muss man den Ernst der Lage

nicht mehr klarmachen, eher wohl der breiten Öffentlichkeit. Die Polizisten, Lehrer, Job-Center-Mitarbeiter, Justizbediensteten oder Feuerwehrleute kennen die Statistiken und haben in ihrem beruflichen Umfeld oft selbst Erfahrungen mit dem Thema Gewalt gemacht.

2014 sind 62 000 Polizisten Opfer von Straftaten geworden; sieben Prozent mehr als im Vorjahr. 700 Rettungssanitäter wurden verletzt. Bei der Deutschen Bahn gab es im vergangenen Jahr 1 800 Gewaltzwischenfälle. 80 Prozent der

Zugbegleiter haben inzwischen Angst vor der Nachtschicht.

Werteverfall in der Gesellschaft

Woher kommen die Aggression und Gewaltbereitschaft? Klaus Dauderstädt erinnert die Zuhörer zunächst einmal daran, dass wir es mit einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen zu tun haben, nicht nur mit einem Problem des öffentlichen Dienstes: „Wenn Gewalt ein praktiziertes Instrument der Politik ist, wenn ein Schießwerkzeug im Haus nicht flächendeckend als alarmierend

begleitet werden. Während die Frage einer Verschärfung des Strafrahmens für Gewalttaten gegenüber Staatsbediensteten kontrovers diskutiert wurde, fand eine Gesetzesinitiative des Innenministers ungeteilte Zustimmung. Öffentlich Bedienstete, die bereits Opfer von Gewalt geworden sind, haben oft Schwierigkeiten, ihre Schadensersatzansprüche gegenüber zahlungsunfähigen Tätern zu realisieren. Hier soll zukünftig der Dienstherr einspringen, den Rechtstitel übernehmen und das Schmerzensgeld auszahlen.

Zudem hat das Bundesinnenministerium über die Innenministerkonferenz der Länder die Erstellung eines Gesamtlagebildes Gewalt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes initiiert. Bisher ist das Augenmerk vor allem auf den Polizeibereich gelenkt worden. Für eine umfassende Analyse brauchen Dienstherrn aber auch umfassende Statistiken über alle Berufe und Gebietskörperschaften hinweg.

■ **Fehlende Rückendeckung?**

Hierbei taucht dann aber das Problem auf, dass möglicherweise viele (wie viele?) Übergriffe gar nicht aktenkundig werden, weil die betroffenen Beschäftigten von einer Anzeige oder auch nur dem Bericht an ihre Vorgesetzte zurückschrecken. Letzteres könnte mit vermuteter Aussichtslosigkeit oder fehlender Rückendeckung durch die Dienststellenleitung zu tun haben. Zumindest die auf der Konferenz vertretenen „Arbeitgeber“ von BA und BMI ermutigten die Betroffenen, jeden Vorfall zu melden. Uwe Mayer, Geschäftsführer im Job-Center Hof, betonte in diesem Zusammenhang, dass die Annahme, die allermeisten angezeigten Fälle würden von den Strafverfolgungsorganen ohnehin als geringfügig eingestuft und eingestellt, nicht mehr stim-

me: „Die Staatsanwaltschaften gehen inzwischen gegen Beleidigungen von Job-Center-Mitarbeitern sehr konsequent vor.“

Zumindest was den Schulbereich angeht, musste Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, in der Podiumsdiskussion Wasser in den Wein gießen. Längst nicht alle Dienstherrn



➤ Gastgeber der gemeinsamen Konferenz: Bundesinnenminister Thomas de Maizière und dbb-Chef Klaus Dauderstädt.

stunden in dieser Situation uneingeschränkt hinter den Beschäftigten, sondern seien oft mehr daran interessiert, „die Situation zu beschönigen und das Ansehen ihrer Schule zu schützen“.

Darüber hinaus sind Beamtinnen und Beamte, vor allem was Angebote zur Gewaltprävention angeht, teilweise schlechter gestellt als Angestellte im öffentlichen Dienst. Während Letztere über die gesetzliche Unfallversicherung automatisch umfassend abgesichert sind, müssen Beamte sich initiativ an ihren Dienstherrn wenden. Neue Ansätze, hier zu einer Vereinheitlichung der Standards zu kommen, würden gegenwärtig in Pilotprojekten bei der Deutschen Bahn und der Bundesagentur erprobt, berichtete Uwe Mayer.

■ **Rechte und Pflichten**

Die Kernaufgabe ist, darin waren sich alle Referenten einig, die Veränderung des

gesellschaftlichen Klimas. Anspruchsdenken, Egoismus und Aggressionsbereitschaft müssten zurückgedrängt werden, wenn der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens langfristig gesichert werden soll. Hierbei spielt natürlich die Schule eine zentrale Rolle, vor allem aber, darauf hat Thomas de Maizière auf der Konferenz in Berlin mehrfach hingewiesen,

das Elternhaus: „Die Eltern erziehen ihre Kinder und sind Vorbild – im Positiven, aber auch im Negativen.“

Für den Staat und vor allem seine Beschäftigten ist diese Diskussion existenziell wichtig, denn die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst stehen in vorderster Front für dieses Gemeinwesen ein. Leider seien die westlichen Verfassungen aber voll von Rechten gegenüber dem Staat, so der Präsident des Europäischen Hochschulinstituts, Joseph Weiler, nirgends werde über die Pflichten der Bürger gesprochen: „Niemand redet darüber, was der Bürger der Gesellschaft schuldet, aber alle reden dauernd darüber, was die Gesellschaft angeblich dem einzelnen Bürger schuldet.“

Es kann dauern, bis ein Wertewandel einsetzt und sich gesellschaftlich niederschlägt. Bis dahin müssen die Betroffenen mit der Situation leben und sie meistern. Das dbb magazin hat

die Konferenz von BMI und dbb zum Anlass genommen, Praktiker aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu fragen, welche Strategien angewendet werden können, um der wachsenden Gewalt zu begegnen.

So fordert der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Rainer Wendt, konsequentere Strafen für Gewalt gegen Beschäftigte. Dabei geht ihm ein Vorstoß in Hessen aus dem Jahr 2015, vor allem Beamte besser zu schützen, nicht weit genug: „Man darf das nicht auf Beamte beschränken, auch Angestellte sind schließlich gefährdet.“ Bei der Polizei reiche die Intensität von Übergriffen mittlerweile von starken Schlägen und Tritten bis zum Einsatz von Messern und Schusswaffen. „Das ist eine alarmierende Entwicklung, der dringend entgegengetreten werden muss, denn viele Täter halten es für eine Art Volkssport, Polizisten zu attackieren.“ Aber Anfeindungen und tätliche Übergriffe gebe es überall im öffentlichen Dienst. Beschäftigte im Finanzamt, in den Gerichten, Job-Centern oder in Schulen – sie alle seien durch steigendes aggressives Verhalten von frustrierten, gewaltbereiten Mitmenschen gefährdet. „Der Gesetzgeber muss deutlich machen, dass Gewalt gegen seine Beschäftigten geächtet und streng bestraft wird.“

■ **Polizei und Justiz als Zielscheiben**

Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der DPoG Bundespolizeigewerkschaft, schließt sich dieser Auffassung an: „Bei der Begleitung von Fußballfans oder Demonstrationen sind die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei immer häufiger regelrechten Gewaltexzessen ausgesetzt. Doch auch im Alltagsdienst nehmen insbesondere auf den Bahnhöfen und im Grenzbereich verbale und körperliche Angriffe auf Polizis-

ten in erheblichem Umfang zu. Tagtäglich werden Bundespolizisten beschimpft, bespuckt, bedroht und tätlich angegriffen, was oftmals aber keine oder zu geringe strafrechtlichen Konsequenzen hat. Zu milde Urteile einiger offensichtlich naiver und völlig weltfremder Richter frustrieren und beleidigen nicht nur unsere verletzten Kolleginnen und Kollegen, sondern stärken vor allem das Selbstbewusstsein der respektlosen und uneinsichtigen Täter.“ Die Justiz dürfe die Augen vor der steigenden Gewalt nicht verschließen und müsse sich öfter mal in die Lage der angegriffenen Beamten versetzen.

Im Justizvollzug haben psychische und physische Gewalt in ihren verschiedenen Ausprägungen zwar schon immer eine schwerwiegende Rolle gespielt. „Die Justizvollzugsbediensteten beklagen aber zunehmend eine von den Gefangenen ausgehende Respektlosigkeit, was möglicherweise auch ein Grund für später folgende Übergriffe ist“, sagt Anton Bachl, Bundesvorsitzender des BSBD. Gewalt habe viele Gesichter und Folgen, zum Beispiel hohe Krankenstände. 35 Tage pro Jahr und Bedienstetem seien keine Seltenheit. Bachl fordert unter anderem eine konsequentere Erhebung der Fälle ähnlich den Polizeistatistiken, um daraus Handlungsansätze abzuleiten.

Ulrich Silberbach, dbb Vize und Bundesvorsitzender der kombi-gewerkschaft, fordert höhere Sicherheitsstandards: „Von einer flächendeckenden – gar standardisierten – Umsetzung der nötigen Sicherheitsmaßnahmen sind wir noch entfernt. Hier sind nicht zuletzt weitere bauliche Maßnahmen nötig, um die Beschäftigten besser zu schützen. Sie berichten uns beispielsweise, dass zahlreiche ihrer Büros bei Auseinandersetzungen aufgrund mangelnder Fluchtwege noch immer eine Gefahrenzone darstellen. Außerdem sind gute Präventionskonzepte und -maßnahmen sowie regelmäßige Aus- und Weiterbildungen wie Deeskalationsschulungen dringend erforderlich. Durch solche Angebote können potenzielle Gewalt- und Aggressionssituationen frühzeitig

erkannt werden, und Früherkennung bedeutet auch mehr Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen.“

■ Nicht an der Sicherheit sparen

Christian Deckert, Zugbegleiter und Sprecher des Arbeitskreises „Sicherheit im und am Zug“ der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) wehrt sich ebenfalls dagegen, dass an der Sicherheit gespart wird: „Bedingt durch die steigende Gewalt im öffentlichen Raum muss dringend mehr für die Sicherheit der Mitarbeiter und der Fahrgäste im öffentlichen Personenverkehr getan werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Arbeitgeber, Aufgabenträger und nicht zuletzt die politisch Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass deutlich

mehr in die Sicherheit aller Beteiligten investiert wird“, so Deckert. Konkret heiße das: mehr Personal in den Zügen, eine verlässlich funktionierende Sicherheitstechnik sowie schlüssige Konzepte zum Schutz des Zugpersonals und der Reisenden. Dringend nötig sei auch die Vereinheitlichung der Sicherheitskonzepte und Richtlinien in allen Unternehmen und die umfassende Betreuung der Kollegen nach Übergriffen und belastenden Ereignissen. „Das oberste Gebot muss lauten: An der Sicherheit von Mitarbeitern und Fahrgästen darf nicht zugunsten günstigerer Verkehrsverträge gespart werden.“

Wenn es ums Geld geht, hört der Spaß für die meisten Menschen auf. Das müssen auch die Beschäftigten in der Fi-



Marco Urban

finanzverwaltung immer wieder leidvoll erfahren. „Wie kaum eine andere Verwaltung hat es die Steuerverwaltung tagtäglich mit Aggressionen durch Besucher zu tun“, sagt Thomas Eigenthaler, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Das Konfliktpotenzial sei besonders hoch, weil niemand gerne Steuern zahle und der Staat oft mit Zwang vorgehen müsse. „Wir fordern deshalb, dass sich der Dienstherr uneingeschränkt hinter sein Finanzpersonal stellt. Politische Witzeleien über träge Beamte verurteilen wir scharf. Sie sind der Nährboden für mangelnden Respekt gegenüber denen, die für den Fiskus den Kopf hinhalten. Wir verlangen auch klare Sicherheitskonzepte.“ Sicherheit dürfe es nicht nur „oben“ geben, sondern müsse auch unten an der Basis Standard sein. „Dazu gehört auch, dass Beschäftigte im Umgang mit Aggressionen durch Steuerzahler geschult werden.“

■ Wenn Helfer zu Opfern werden

Der Deutsche Berufsverband für soziale Arbeit (DBSH) hat sich in der Branche umgehört und bundesweit Rückmeldungen über gewaltsame Übergriffe auf Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie der freien Träger erhalten. So wird aus Behörden gemeldet, dass es in jüngster Zeit zu ernsthafteren Bedrohungen kam, zu denen die Polizei gerufen werden musste. Unter anderem wurde im Rahmen einer Betreuung ein Mitarbeiter attackiert: Die unterstützte Person hatte paranoide Ideen entwickelt und den Mitarbeiter nach einer Rangelei in den Arm gebissen. „Körperliche Gewalt durch tätliche Angriffe, die bis hin zu Faustschlägen ins Gesicht oder gar Messerattacken führen, gehören teilweise zum Alltag in verschiedenen Handlungsfeldern der sozialen Arbeit“,

beklagt DBSH-Chef Michael Leinenbach. Gründe dafür finden die Beschäftigten aber auch in defizitären strukturellen Rahmenbedingungen der Sozialarbeit.

„Hierzu zählen unter anderem fehlende Zeiten für persönliche Betreuung im Einzelfall und damit vorbeugende Maßnahmen bis hin zu Überbelegungen in unterschiedlichsten Einrichtungen. So führen Segmentierung und Undurchschaubarkeit der Zuständigkeiten sowie häufiger Personalwechsel oftmals zu Frust, der sich in Aggression umwandelt.“ Zwar seien teilweise bereits Wachdienste eingerichtet und Alarmknöpfe installiert worden. Darüber hinaus seien Büros mit Fluchttüren zu Nachbarbüros verbunden, Mitarbeiter mit Notruf-Smartphones ausgestattet und die Empfangsbereiche und Einzelarbeitsplätze zum Teil mit erhöhten Schaltern versehen worden, um Übergriffe zu vermeiden. „Derzeit werden auch Deeskalationsprogramme durchgeführt. Als wesentlich muss hierbei jedoch berücksichtigt werden, dass Deeskalationstraining maximal lindert, nicht aber die strukturell Gewalt fördernden Mängel behebt“, so Leinenbach.

Grundsätzlich hält der DBSH es für notwendig, verstärkt über die betroffenen Berufsgruppen aufzuklären. „Deren Arbeit und Arbeitsweise sowie deren Notwendigkeit für die Bevölkerung und Gesellschaft müssen besser sichtbar gemacht werden, damit ein gesellschaftliches Umdenken entsteht.“ Da Politik in dem mittlerweile in Deutschland herrschenden angelsächsischen Kapitalismus scheinbar nicht mehr in der Lage sei, soziale Belange ausreichend zu fördern und mit entsprechenden Finanzen und Personal auszustatten, müsse die Gesellschaft der Politik verdeutlichen, dass sie eine solche Politik der sozialen Kälte nicht weiter akzeptiere.

zit/br

> Gewaltprävention in Hamburg vorbildlich

dbb magazin: Die versuchte Tötung eines Bundespolizisten in Hannover wird aktuell nicht nur mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, sondern auch als erneuter Anlass genutzt, Präventionsmöglichkeiten gegen Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu diskutieren. Die Innenminister und -senatoren, aber auch Interessenverbände sind in die Debatten involviert. Bundesweit steigen die Fallzahlen von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – nur in Hamburg sinken sie. Was macht die Hansestadt anders als andere Städte und Gemeinden?

André Kuhring: Bereits 2006 ist der dbb hamburg auf den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) zugegangen und hat angeboten, an Konzepten zur Vermeidung und Bewältigung von Übergriffen und Gewalt gegen die Beschäftigten der FHH mitzuwirken. Die vom Senat bestimmte zuständige Stelle, das Personalamt der FHH, hat daraufhin eine Arbeitsgruppe Gewalt einberufen, in der neben den Behörden und Ämtern – einschließlich der gemeinsamen Einrichtung jobcenter.team.arbeit.hamburg – auch die Gewerkschaften und deren Gremienvertreterinnen und -vertreter das Gewaltproblem analysieren und Präventionsmöglichkeiten diskutieren und beschließen. Hierzu hat man sich zunächst auf einen einheitlichen Gewaltbegriff verständigt, der den Betroffenen nicht vorgibt, ab wann sie von einem Gewaltübergriff sprechen. Vielmehr wird jede Art von Übergriffen, die Betroffene als Gewalt empfinden, ernst genommen. Die aufgrund dieses Gewaltbegriffes gemeldeten Übergriffe werden seitdem jährlich bei den Behörden und Ämtern erhoben. Durch das gewachsene Problembewusstsein wird das gemeinsame Bestreben von Gewerkschaften und Dienststellen, die Beschäftigten besser zu schützen, insbesondere durch arbeitsplatzbezogene Aufklärung über die Möglichkeit der Vermeidung von gefährlichen Situationen erreicht.

Aber Aufklärung allein genügt nicht. Daher hat die AG Gewalt einen umfangreichen Maßnahmenkatalog entwickelt, der neben Information über Gewalt am Arbeitsplatz und Möglichkeiten zur Abwehr praktische Ansätze wie die Organisation von Hilfe, die Einführung gewaltvermeidender Arbeitsabläufe sowie die Umsetzung baulicher Maßnahmen zur Deeskalation und der Installation von Alarmsystemen beinhaltet, um mehr Sicherheit zu schaffen. Der Maßnahmenkatalog wird, soweit erforderlich, unter Berücksichtigung der jährlichen Statistik zu Übergriffen in der Hamburger Verwaltung ergänzt und modifiziert.

Selbstverständlich leben auch diese Präventionsmechanismen von der aktiven Beteiligung der Beschäftigten, Vorgesetzten, obersten Dienstbehörden, Personalräte und Gewerkschaften. Hier dürfen wir trotz der nach einem Jahrzehnt der engagierten Arbeit spürbaren Erfolge nicht nachlassen. Wir kooperieren daher seit 2013 mit Schleswig-Holstein und der Unfallkasse Nord, indem wir dort unsere Erfahrungen, die wir nicht zuletzt aufgrund der Initiative des dbb hamburg gemeinsam erarbeiten konnten, einbringen.

André Kuhring ist Leiter des Grundsatzreferates Arbeits- und Tarifrecht im Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg. In seinem Referat ist die „Arbeitsgruppe Gewalt“ beheimatet.



Panama-Papiere:

Steueroasen und Briefkastenfirmen konsequent bekämpfen

Die Veröffentlichung der Panama-Papiere gibt aus Sicht des dbb Anlass, den weltweiten Kampf gegen Steuerhinterziehung zu verstärken. „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wer seine Steuern nicht zahlt, hintergeht nicht nur den Staat, sondern betrügt alle anderen Steuerzahler“, so der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 8. April 2016 in Berlin.

„Steuerhinterziehung, Vernebelung von Besitzverhältnissen oder Geldwäsche, oft dient eine Briefkastenfirma in einer Steueroase kriminellen Zwecken“, erklärte Dauderstädt weiter. Auch wenn die Gründung von Offshore-Briefkastenfirmen formal erlaubt ist, muss man fast immer von einer Verschleierungs-

absicht ausgehen. Hierbei darf man allerdings nicht nur Länder wie Panama in den Blick nehmen. Auch Staaten innerhalb der EU lassen auf ihrem Hoheitsgebiet weiter unsaubere Praktiken zu, und selbst deutsche Banken haben Kunden geholfen, solche Briefkastenfirmen zu gründen oder sich an diesen zu beteiligen.

Dauderstädt: „Wir brauchen jetzt entschlossene nationale und internationale Maßnahmen. Wer Briefkastenfirmen zur Geldwäsche und Steuerhinterziehung nutzt, ist kriminell, untergräbt die Steuermoral und richtet beträchtlichen Schaden an.“ Der dbb

Chef forderte angesichts der bekannt gewordenen Vorkehrungen darüber hinaus, endlich eine Finanz-Transaktions-Steuer einzuführen: „Hier diskutieren die Politiker seit bald sieben Jahren, ohne einen Schritt weitergekommen zu sein.“ ■



© germanopol – Fotolia.com

18

fokus

Arbeitsbelastung der Beschäftigten:

Einsatzzeiten dürfen nicht verfallen

Die aktuellen enormen Arbeitsbelastungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen angemessen kompensiert werden. Darauf hat dbb Chef Klaus Dauderstädt im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 31. März 2016) gedrängt. Allein die Bundespolizei spreche von fast drei Millionen Überstunden.

„Wir müssen uns darum kümmern, dass diese Zeiten, die im Einsatz verbracht werden, nicht einfach verfallen. Die

Kompensation ist das größere Problem“, sagte Dauderstädt. „Wir sind hier für eine gewisse Flexibilisierung“, erläuterte der

dbb Bundesvorsitzende. „Mittelfristig kann man Überstunden nur abbauen, indem man neues Personal einstellt.“ Die

beispielsweise vom Bundesinnenministerium für die Bundespolizei zugesagten 3 000 neuen Stellen seien zu wenig. „Wenn die Sicherheitslage so angespannt bleibt, wären eher 8 000 zusätzliche Polizisten bei Bund und Ländern angemessen. Allerdings braucht die Ausbildung Jahre. Man kann nicht in drei Wochen backen, wofür man normalerweise drei Jahre braucht.“

Hilfreich seien zudem Lebensarbeitszeitkonten, „wo man Überstunden parken und zu einem späteren Zeitpunkt nutzen kann“, so Dauderstädt weiter. „Wir fordern eine Kumulierung solcher Zeiten. Wenn ein Beamter auf seinem Konto ein ganzes Jahr an Überstunden angesammelt hat, dann könnte er ein Jahr früher in den Ruhestand gehen. Das ist heute noch nicht erlaubt, aber dieses Verbot ist einfach überholt.“ ■



©Gerhard Seybert – Fotolia.com

Einkommensrunde – Mahnwachen der dbb jugend:

Arbeitgeber müssen handeln

Zu einer dezentralen Mahnwache versammelten sich am 13. April 2016 in acht Bundesländern viele junge Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor den Sitzen der kommunalen Arbeitgeberverbände. Auch in Berlin haben Jugendvertreter mit Unterstützung der stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Astrid Hollmann vor der Tür des kommunalen Arbeitgeberverbandes erneut eindringlich auf ihre Forderung hingewiesen.

Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb jugend, stellte im Gespräch mit Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin der KAV Berlin, klar: „Gerade die Befristungen für Berufseinsteiger schrecken viele Auszubildende ab, denen so eine Perspektive und Verlässlichkeit fehlt. Sie suchen sich dann eher einen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft. Das verschärft den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nochmals enorm.“ dbb Vize Astrid Hollmann unterstützte: „Die Arbeitgeber können nichts gewinnen, wenn sie versuchen, einen Discountabschluss ohne Perspektiven für den Nachwuchs durchzusetzen. Jeder, der über den Tag hinaus denkt, wird erkennen, dass der öffentliche Dienst ohne Jugend keine Zukunft hat!“ Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Job-Per-



> dbb Vize Astrid Hollmann (Mitte) erläuterte gemeinsam mit der Jugendvorsitzenden Sandra Kothe (rechts) der KAV-Geschäftsführerin Claudia Pfeiffer die Einkommensforderung des dbb.

spektiven müssten stimmen, sonst werde der dringend benötigte Nachwuchs sein Auskommen woanders suchen. Das Nachsehen hätten am Ende die Bürger.

Die jungen Gewerkschafter hatten zur Mahnwache Schilder mit der Aufschrift „Vorfahrt für die Jugend“, „BefristungsSTOP“, „Baustelle öffentlicher Dienst“ und

„Öffentlichen Dienst wiederbeleben“ dabei. Damit wiesen sie darauf hin, dass bis 2023 etwa 700 000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen und die Bewerberzahlen für den öffentlichen Dienst rückläufig sind. Sandra Kothe: „Wir müssen jungen Menschen im öffentlichen Dienst eine Perspektive bieten und sie nach bestandener Ausbildung auch endlich übernehmen. Wir können nicht verstehen, dass die Arbeitgeber es seit Jahren nicht schaffen, eine verlässliche Regelung für eine unbefristete garantierte Übernahme zu schaffen. Es kann auch nicht sein, dass unsere Azubis etwa 50 Euro ihrer Reisekosten zu den auswärtigen Berufsschulen selber tragen müssen. Wo kommen wir denn hin, dass wir zur Arbeit noch unser eigenes Geld mitbringen müssen?“

So sahen das auch die Teilnehmer der Mahnwache. Steven Werner, Sprecher der AG Jugend in Europa, sagte: „Die Arbeitgeber sprechen von hohen Kosten, die durch einen Tarifabschluss verursacht würden. Wir stehen heute hier, um zu

dbb jugend magazin

Das dbb jugend magazin t@cker zeigt sich zufrieden mit dem aktuellen Tarifabschluss in der Einkommensrunde Bund und Kommunen. „Auch für die Jugend ist etwas dabei! Das ist nicht zuletzt der Erfolg des Berufsnachwuchses, der nach dem unterirdischen Arbeitgeber-„Angebot“ in der zweiten Verhandlungsrunde seinem Unmut bundesweit Luft gemacht hat: Kein Warnstreik, keine Demo, keine Kundgebung, keine Protestaktion, wo nicht auch die jungen Beschäftigten lautstark unsere gemeinsamen Forderungen vorgetragen haben“, schreibt dbb jugend-Chefin Sandra Kothe im Editorial. „Alles in allem ist das eine solide Einigung, aber aus meiner Sicht machen die Arbeitgeber einen großen Fehler, sich bei der unbefristeten Übernahme ihres



gut ausgebildeten Nachwuchses immer noch so schwerzutun. Auf diese Art und Weise kann man dem Fachkräftemangel nichts entgegensetzen, und deswegen heißt es für uns: weiterkämpfen!“, so Kothe.

t@cker berichtet über die Details des Tarifabschlusses und hält wieder allerlei Wissenswertes rund um den öffentlichen Dienst und die Jugend bereit. Die t@cker-story widmet sich diesmal der Arbeit der Jugendberufsagentur Hamburg, t@cker-fokus liefert einen Schwerpunkt zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte“. Wie die aktuelle Lage ist und vor allem: Was dagegen getan werden kann. t@cker lesen lohnt sich also wie immer – einfach direkt reinsurfen unter www.tacker-online.de!

online

zeigen, dass die Beschäftigten nicht als Kosten, sondern eher als Investition in die Zukunft begriffen werden sollten.“ Das unterstützte auch der stellvertretende Vorsitzende der dbb Jugend, Steffen Kollmanns: „Ich bin heute hier, um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass ein zukunftsfähiger öffentlicher Dienst und somit ein handlungsfähiger Staat nicht

zum Nulltarif zu haben sind. Das betrifft auch die unbefristete Übernahme der Auszubildenden.“ Und Torsten Jaene (DPVKOM) stellte fest: „Klar ist, dass der öffentliche Dienst mit seiner Befristungspolitik ein schlechtes Vorbild für die Privatwirtschaft ist.“

Neben Berlin hatten sich engagierte junge Gewerkschafter

zeitgleich auch zu Mahnwachen in Stuttgart, München, Frankfurt am Main, München, Mainz, Dresden und Halle an der Saale getroffen. Laut einer IAB-Studie ist der öffentliche Dienst negativer Spitzenreiter bei Befristungen. Davon überproportional stark betroffen ist die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen. Die dbb Jugend fordert daher in der Einkommens-

mensrunde neben einer Erhöhung der Azubientgelte um 100 Euro, 30 Tagen Urlaub und Verbesserungen bei den Reisekosten insbesondere auch die unbefristete Übernahme. Von der Einkommensrunde sind deutschlandweit 2,4 Millionen Beschäftigte sowie über 100 000 Azubis und Praktikanten unmittelbar und mittelbar betroffen. ■

Jugend- und Auszubildendenvertretungen:

dbb Jugendverbände legen zu

2016 ist „Superwahljahr“ – auch im öffentlichen Dienst in Sachen Personalvertretung: Beim Bund, in den Job-Centern sowie in Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen werden neue Personalräte und neue Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) gewählt. Jetzt liegen die ersten JAV-Ergebnisse vor und zeigen: tolle Erfolge für die Jugendorganisationen der dbb Familie!

■ Innenministerium

Am 2. und 3. März 2016 fanden die Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) beim Bundesministerium des Innern (BMI) statt. Der Geschäftsbereich des Ministeriums umfasst 15 Behörden, die die unterschiedlichsten Themenfelder der Innenpolitik bearbeiten, beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, die Hochschule des Bundes in Brühl, das Bundeskriminalamt in Wiesbaden, das Bundesverwaltungsamt in Köln und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Diese Behörden bilden den größten Teil der 670 Wahlberechtigten. Nach guter Tradition hatte die VBOB Jugend wieder Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Geschäftsbereichsbehörden für ihre Liste gewonnen. Insgesamt umfasste der Wahlvorschlag der VBOB Jugend 22 Kandidatinnen und Kandidaten, von denen die Fachgrup-

**ZUSAMMEN
HALT:
WÄHLEN**

Personalratswahlen 2016

pe Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die meisten stellte. „Wahlkampf-Thema“ der VBOB Jugend war insbesondere die Forderung nach unbefristeter Übernahme der Auszubildenden – und traf den Nerv der Mehrheit der insgesamt 205 Wahlberechtigten: Die VBOB Jugend führt die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung des BMI auch in Zukunft an. In der konstituierenden Sitzung am

18. März 2016 wurde Rene Tanda (VBOB-Fachgruppe THW) zum neuen Vorsitzenden der HJAV gewählt. Kerstin Schumacher (VBOB-Fachgruppe Bundesverwaltungsamt) ist seine Stellvertreterin. Die VBOB Jugend will nun dem Vertrauen der Wählerinnen und Wähler

mit konstruktiver Sacharbeit gerecht werden und zeitnah eine Strategie-Klausurtagung abhalten, damit man mit Beginn der Amtszeit am 1. Mai 2016 direkt loslegen kann.

■ Finanzministerium und Zoll

Erfolg auf ganzer Linie hieß es für die BDZ-Jugend bei den Wahlen zur HJAV beim Bundesministerium der Finanzen und

zur Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) bei der Generalzolldirektion: Bei der HJAV erzielte sie 51,18 Prozent, bei der BJAV 70,61 Prozent der Stimmen. Die BDZ-Spitzenkandidatin Stephanie Eberle (HJAV) und der BDZ-Spitzenkandidat Paul Panknin (BJAV) dankten den Wählerinnen und Wählern und kündigten an, sich entschlossen für die Vertretung der Interessen der jungen Beschäftigten einzusetzen. Für den BDZ sitzen in den kommenden zwei Jahren in der HJAV Stephanie Eberle (Vorsitzende), Nina Quinten, Mathias Spiering, Hannah-Alena Schnitzler, Nils Koch, Inger Petersen, Lisa Reinke und Benedikt Schreiner. Die BJAV gestalten für die BDZ-Jugend Paul Panknin (Vorsitzender), Sina Schott, Laura Labude, Danny Feisel, Karoline Kretschmer, Isabell Stöhr, Enrico Bono, Anna-Katharina Wieland, Sabina Hartmann, Sarah Hertner und Joshua Pitz.

■ Auswärtiges Amt

Auch im Auswärtigen Amt konnte die VBOB Jugend die JAV-Wahl für sich entscheiden. Neue Vorsitzende des Gremiums ist Tiaji Maynell Sio, ihre Stellvertreterin Kristin Karnopp. Weitere JAV-Mitglieder aus den Reihen der VBOB Jugend sind Janin Adler, Antonija Tustonjic und Livia Schmidt. ■

Arbeits- und Tarifrecht:

Auf sicherer Grundlage aktuelle Entwicklungen verstehen und umsetzen

Egal, ob Sie gerade neu im Personalrat oder der Personalabteilung sind oder das Feld für Ihre Gewerkschaft „beackern“: Die zahlreichen aktuellen Entwicklungen können Sie nur auf der Basis fundierter Grundlagen nachvollziehen und verstehen. Das müssen auch Herr Frisch (Personalrat) und Frau Grün (Personalabteilung) in ihrem Telefonat feststellen.



fotogestoeber - Fotolia

Frisch: Hallo, Frau Grün, Sie haben mir hier eine Vorlage für unsere nächste Personalratssitzung geschickt, zu der ich einige Fragen habe. Entschuldigen Sie, aber ich bin neu im Geschäft.

Grün: Ah, frisch gewählt – entschuldigen Sie den plumpen Witz. Herzlichen Glückwunsch noch zur Wahl!

Frisch: Danke! Aber im Moment werde ich hier ziemlich erschlagen und kann noch nicht mit allem etwas anfangen ...

Grün: Das kann ich nachvollziehen, zumal ich auch relativ neu im Personalbereich bin. Welche Punkte sind Ihnen denn unklar?

Frisch: Sie bitten hier um Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung eines neuen Mitarbeiters im Referat 3. Aus der Vorlage geht meines Erachtens aber nicht hervor, welche Tätigkeit dieser übernehmen soll. Also können wir weder prüfen, ob wir mit der tatsächlichen Beschäftigung einverstanden sind noch, ob die vorgesehene Entgeltgruppe 8 korrekt ermittelt wurde.

Grün: Da haben Sie recht. Leider habe ich die Tätigkeitsbeschreibung auch erst heute Vormittag bekommen. Ich werde sie schnellstmöglich an Sie weiterleiten.

Frisch: Und wie sieht es mit der Stufenzuordnung aus? Sie schreiben hier „mindestens Stufe 2“: Welche soll es denn jetzt konkret sein?

Grün: Das wissen wir leider auch noch nicht. Der Kollege wollte uns eine mindestens dreijährige einschlägige Berufserfahrung nachweisen; aus den bislang vorgelegten Unterlagen ergibt sich nur eine zweijährige. Der Fachvorgesetzte braucht ihn aber unbedingt, sodass wir auch an eine Einstellung zur Deckung des Personalbedarfs und die Anerkennung „bloß“ förderlicher Vorzeiten denken ...

Frisch: Das würden wir aber gerne noch vor der Einstellung klären!

Grün: In Ordnung. Ich kümmer mich sofort darum! Haben Sie sonst noch etwas auf dem Herzen?

Frisch: Leider ja! Sie teilen uns hier mit, dass Frau Schmidt nach ihrer Elternzeit nur noch in Teilzeit arbeiten möchte und deshalb die Wochenstundenzahl ihrer Referatskollegin Frau Maier wunschgemäß um sieben Stunden aufgestockt werden soll. Wir sind der Meinung, dass dies nicht nur informations-, sondern auch mitbestimmungspflichtig ist!

Grün: Sie hätten recht, wenn es um eine signifikante Erhöhung der Stundenzahl ginge. Ich prüfe das noch einmal! Haben Sie noch weitere Fragen?

Frisch: Ja, im selben Zusammenhang fragt Frau Schmidt, wie sich die Reduzierung ihrer Wochenarbeitstage auf den noch offenen Urlaub aus dem letzten Jahr und dessen Vergütung auswirkt.

Grün: Da fällt mir gerade ein – dazu gibt es ein neues, schwer verständliches und praktisch nicht umsetzbares Rundschreiben. Ich mailte es Ihnen zu, dann sehen wir weiter.

Frisch: Noch eine weitere Kleinigkeit: Frau Fleißig ist in EG 5 eingruppiert und soll für zwei Jahre Tätigkeiten der EG 8 erledigen. Erhält sie dafür tatsächlich nur die 4,5 Prozent?

Grün: Da gibt es tatsächlich einen Unterschied zwischen TVöD und TV-L: Im TVöD gibt es dafür tatsächlich nur die 4,5-Prozent-Zulage; im TV-L würde dagegen in einem solchen Fall ...

Frisch: Danke, das reicht schon. Ich merke immer mehr, dass ich mich schleunigst fit machen muss. Das Seminarprogramm der dbb akademie habe ich schon hier liegen.

Grün: Da schließe ich mich gerne an und schaue auf deren Website nach passenden Themen und Terminen.

Fortbildung hilft

Sind Sie auch „frisch“, „grün“ oder wollen Ihr Wissen vertiefen? Dann sind bei uns richtig! Wir vermitteln Ihnen die erforderlichen Kenntnisse systematisch und praxisgerecht, und zwar „aus erster Hand“, da wir über unsere dbb tarifunion am Abschluss der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes beteiligt sind.

Am intensivsten lernen Sie in unseren **Sommerakademien**. Eine Woche Tarifrecht: chronologisch, intensiv, praxisnah!

Tarifrecht total (2016 Q005 DF) 27. Juni bis 1. Juli 2016, Königswinter

Endlich einmal genug Zeit, um grundlegende arbeitsrechtliche Hintergründe zu beleuchten und das Tarifrecht systematisch kennenzulernen! Das macht Ihr Arbeiten im Gremium oder in der Personalabteilung garantiert einfacher!

In dem Seminar behandeln wir zunächst Grundlagen und betrachten dann ein Arbeitsverhältnis von seiner Entstehung

bis zu seiner Beendigung. Wir sprechen über die Anbahnung und den Abschluss befristeter und unbefristeter Arbeitsverhältnisse sowie über ihren genauen Inhalt. Dabei spielen die wechselseitigen Haupt- und Nebenleistungspflichten ebenso eine Rolle wie Fragen der Arbeitszeit und der Teilzeit. Urlaubsfragen werden uns genauso beschäftigen wie Fragen der Abmahnung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Die Teilnehmenden lernen alle Abschnitte des Tarifrechts und gleichzeitig die gesetzlichen Rahmen kennen.

Oder möchten Sie sich auf **Vergütungsfragen** konzentrieren? Dann empfehlen wir Ihnen die Spezialveranstaltung:

Entgelt und Eingruppierung total (2016 Q006 DF)
12. bis 16. September 2016,

Berlin – mit getrennten Arbeitsgruppen für Bund, Länder und Gemeinden

Im Seminar befassen Sie sich systematisch eine Woche lang nur mit Entgeltfragen. Dies betrifft schwerpunktmäßig Fragen der Tätigkeitsdarstellung, der Bildung von Arbeitsvorgängen, der Bewertung und Eingruppierung. Wir behandeln aber auch andere Aspekte wie die Möglichkeiten und Grenzen der Stufenzuordnung, die Jahressonderzahlung, das Entgelt im Krankheitsfall und vieles andere mehr.

Etwas kürzer sind unsere **Standardschulungen** (Grund- und Aufbauschulungen, Entgelt und Eingruppierung). Nähere Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie unter www.dbbakademie.de. ■

Spezielle Themenbereiche:

Befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst

20. bis 21. Juni 2016	Köln	2016 Q033 DF
15. bis 16. Dezember 2016	Bonn	2016 Q034 DF

Krankheit im Arbeitsrecht – Gesetze und Tarifverträge richtig anwenden

25. bis 26. Oktober 2016	Berlin	2016 Q036 DF
--------------------------	--------	--------------

Organisationsveränderungen, § 613 a, Personalgestellungen – Herausforderungen für Personal- und Betriebsräte

2. Juni 2016	Bonn	2016 Q037 DF
--------------	------	--------------

Vorsicht Falle! AGG beachten und umsetzen

21. bis 22. September 2016	Berlin	2016 Q041 DF
----------------------------	--------	--------------

Psycho-Stress und Leistungsdruck im Job – Arbeitsrechtliche Strategien und Notwendigkeiten

26. bis 27. September 2016	Berlin	2016 Q042 DF
----------------------------	--------	--------------

Auszeiten vom Job – Sabbaticals und andere Flexibilisierungen in öffentlich geförderten Einrichtungen

16. bis 17. November 2016	Bonn	2016 Q043 DF
---------------------------	------	--------------

Fehlt Ihnen ein Thema, haben Sie Beratungsbedarf oder hätten Sie gerne eine maßgeschneiderte Inhouseschulung für Ihr Gremium? Informationen erteilen Ihnen gerne:

Dr. Thomas Wurm (Inhalte),
Tel.: 0228.81 93 145, t.wurm@dbbakademie.de

Daniela Fischer (Organisation),
Tel.: 0228.81 93 133, d.fischer@dbbakademie.de

Daniela Dörmer (Inhouseschulungen),
Tel.: 0228.81 93 154, d.doermer@dbbakademie.de

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Fragen zur Personalratsarbeit? Hier finden Sie die Antworten!

Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Personalvertretungsrechts auf aktuellem Stand
- Gesetzestexte mit aktuellen Erläuterungen
- Mustervorlagen und Formbriefe
- Kurzerläuterung der Wahlordnung

Was Sie davon haben:

Die 17. Auflage wurde nicht nur inhaltlich aktualisiert, sondern auch als Arbeitsmittel weiter entwickelt: Begriffsbestimmungen, Kurzerläuterungen und Hinweise auf die neueste Rechtsprechung geben klar, prägnant und praxisorientiert Hilfen für Personalräte (Bund/Länder). Nicht lange suchen, sondern finden, das erlaubt die klare Gliederung und ein wesentlich erweitertes Stichwortregister. Unabdingbar für jeden Personalrat – ob erstmals gewählt oder bereits erfahren!

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.



488 Seiten

€ 36,40*

ISBN 978-3-87863-194-1

* inkl. MwSt.
zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: www.dbbverlag.de

BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

☐ Exemplar/e „Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder – 17. Auflage“

☐ Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Datum/Unterschrift

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-0, Fax: 030.726 19 17-40, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Die andere Meinung:

Ein Dreiklang gegen die Gewalt

Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Staat und Gesellschaft dürfen das nicht hinnehmen. Erforderlich ist neben der Bereitstellung von modernen Notrufeinrichtungen und einer stärkeren Sensibilisierung der Beschäftigten für drohende Gefahren auch ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst tun ihre Arbeit für die gesamte Gesellschaft. Wenn sie ihre Pflichten erfüllen, können sie sich nicht bei allen Menschen immer nur beliebt machen. Verwaltungsmitarbeiter müssen Anträge auch mal ablehnen. Polizeibeamte müssen das Recht gegenüber allen durchsetzen und dabei in bestimmten Fällen auch die Freiheit Einzelner beschränken. Finanzbeamte haben dafür zu sorgen, dass jeder Bürger seinen Steuerpflichten nachkommt. Und Richter können nicht immer nur Urteile fällen, die allen Beteiligten eines Verfahrens gefallen. Doch all das geschieht zumindest vom Grundsatz her im Interesse der Allgemeinheit. Umso mehr haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Anspruch darauf, dass sie nicht Opfer von Gewalttaten werden, weil Einzelne oder ganze Gruppen mit ihrem Handeln nicht ein-

verstanden sind oder sie als Repräsentanten des Staates Hass auf sich ziehen.

Doch die Statistiken zeigen leider, dass Gewalt gegen die Menschen, die für die Gemeinschaft tätig sind, in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Das darf die Gesellschaft nicht akzeptieren. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich sowohl die Bundesregierung als auch die Wissenschaft und der dbb verstärkt Gedanken darüber machen, wie diese unheilvolle Entwicklung gestoppt und am besten wieder rückgängig gemacht werden kann.

Niemand will zurück zu einem Obrigkeitsstaat, in dem die Bürger einem Beamten oder anderen Repräsentanten der öffentlichen Verwaltung geradezu demütig entgegentreten mussten. Doch so wie jeder Bürger das Recht hat, von

Vertretern des Staates mit Respekt behandelt zu werden, hat auch jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes den gleichen Anspruch. Respekt ist eine ganz entscheidende Qualität im Umgang von Menschen miteinander. Das gilt für das Privatleben genauso wie für die Kommunikation von Menschen im öffentlichen Raum.

Um dem Problem Herr zu werden, ist ein Dreiklang notwendig: Zunächst haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Anrecht darauf, dass Notrufeinrichtungen auf dem neusten Stand der Technik sind. Realisierbare Lösungen dürfen nicht am Geld scheitern. Zum Zweiten müssen die Mitarbeiter besser als bisher für mögliche Gefahren sensibilisiert werden. Nicht immer lässt sich ein Gewaltausbruch vorhersagen. Doch je früher eine potenzielle Bedrohung erkannt wird, desto einfacher ist es, sich dagegen zu schützen. Schließlich ist auch ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel erforderlich. Stärker als in der Vergangenheit muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass tätliche Angriffe auf Vertreter des Staates und der Verwaltung auch Angriffe auf uns alle sind. Das gilt für Steinwürfe auf Polizisten bei gewalttätigen

gen Demos ebenso wie für Pöbeleien gegen Mitarbeiter auf Bürgerämtern. Und es gilt übrigens auch für Abgeordnete, die Hassmails erhalten, oder Spitzenpolitiker, die bei öffentlichen Auftritten mit Rufen wie „Volksverräter“ empfangen werden. Auch das ist eine Form der Gewalt gegen Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft, die nicht akzeptiert werden kann.

Die internationale Anti-Gewalt-Konferenz des dbb mit dem Bundesministerium des Innern am 5. April 2016 war ein guter Anfang. Jetzt gilt es, die dabei gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Sicherheit zu geben, auf die sie einen Anspruch haben.

Dr. Joachim Riecker

> Der Autor ...

... Jahrgang 1963, ist als freier Journalist in Berlin unter anderem für die Neue Zürcher Zeitung, den Tagesspiegel, den Deutschlandfunk, Politico, die Bild am Sonntag und die Körber-Stiftung tätig. Zudem hat er mehrere Sachbücher veröffentlicht.

Sozialwahl



2017

Für Rente & Gesundheit

Sozialwahlen - wir sind dabei!

Zahlreiche Versicherte und Rentner fühlen sich in den Fachgewerkschaften und Verbänden unter dem Dach des dbb gut vertreten. Damit ihre Interessen auch in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger mit Nachdruck geltend gemacht werden, tritt der dbb bei der kommenden Sozialwahl im Mai 2017 wieder mit eigenen Kandidaten an. Das dbb magazin wird bis zum Wahltermin in loser Folge Bewerber vorstellen, die mit eigenen Worten über die Beweggründe für ihre Kandidatur Auskunft geben.

Vorgestellt:

Werner Echle aus Wolfach/Schwarzwald,
Jahrgang 1944, ist seit 1974 als Versichertenberater tätig.



„Die meisten Menschen finden den Weg zu mir, wenn es um den Rentenanspruch geht oder schon vorher zur Kontenklärung, Fragen zur Rehabilitation und sonstigen tangierenden Sozialleistungen und Ansprüchen.“

Ich verstehe mich als Bindeglied der Versicherten zu den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung.



Neue Angebote!

Beste Marken. Beste Rabatte.

... in rund 160 Markenshops mit besten Rabatten, u.a.

WMF
20 % Rabatt

C&A
12 % Rabatt

Gartenliebe
35 % Rabatt

Thalia.de
20 % Rabatt

BOSCH
15 % Rabatt

MÖVE+
20 % Rabatt

ROLAND
15 % Rabatt

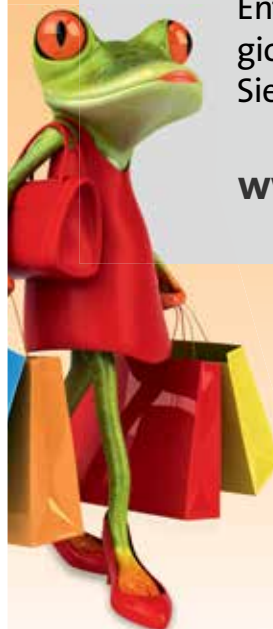
Freizeitenet
30 % Rabatt

home24.de
13 % Rabatt

APOLLO OPTIK
10 % Rabatt

Entdecken Sie auch unsere regionalen Angebote und sichern Sie sich beste Rabatte vor Ort.

www.dbb-vorteilswelt.de



dbb
vorteilswelt

Übergang in den Ruhestand:

Versicherungsschutz an die goldenen Jahre anpassen

Sie gehen bald in den verdienten Ruhestand? Oder genießen bereits die vielen Möglichkeiten eines Lebens jenseits beruflicher Verpflichtungen? Höchste Zeit, Ihre Versicherungen unter die Lupe zu nehmen – mancher Vertrag kann jetzt überflüssig sein! Anderswo lohnt mitunter eine Anpassung oder sollte ein Risiko neu abgesichert werden. Das dbb vorsorgewerk unterstützt Sie dabei mit einem angenehm unkomplizierten Service.

Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben wird noch einmal vieles anders. Das gilt auch für den Bedarf an Versicherungsschutz. Dass zum Beispiel die Dienst- beziehungsweise Berufsunfähigkeitsversicherung ab jetzt überflüssig ist, liegt schon in ihrem Namen begründet. Gleiches gilt für die Krankentagegeldversicherung. Auch die Risikolebensversicherung können die Allermeisten nun getrost auslaufen lassen. Falls Ihre Verträge nicht bereits von selbst ausgelaufen sind, prüfen Sie am besten gleich, ob ein bestimmtes Enddatum vereinbart wurde.

■ Sparen bei der Kfz-Versicherung

Bei manch anderen Versicherungen kann auch eine Anpassung lohnen. Waren Sie bisher als Berufspendler viel mit dem Auto unterwegs, ist Ihre Jahresfahrleistung vermutlich nun deutlich niedriger. Weil bei vielen Kfz-Versicherungsverträgen auch die gefahrenen Kilometer pro Jahr Einfluss auf die Beitragshöhe haben, lassen sich hier womöglich einige Euro sparen.

Werfen Sie bei dieser Gelegenheit auch gleich einen Blick in Ihre private Haftpflichtversi-

cherung. Vielleicht ist immer noch die ganze Familie versichert, während Ihre Kinder längst aus dem Haus sind? Abgesehen davon bieten viele Haftpflichtversicherer für Kunden interessante Zusatzleistungen – zum Beispiel gegen Schäden, die aus ehrenamtlichen Tätigkeiten resultieren. Sie ziehen im Ruhestand in ein bewusst kleineres Domizil, um sich nicht mit unnötig viel Hausarbeit und Kosten zu belasten? Weil in diesem Fall sowohl Wohnfläche als auch Besitz schrumpfen, kann auch die Hausratversicherung günstiger werden. Falls Sie ab jetzt so richtig die Welt erkunden möchten, sollten Sie auch Ihren Auslandsreisekrankenschutz prüfen – gerade Fernreisen in Länder außerhalb der Europäischen Union sind nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung, Beihilfe und gegebenenfalls nicht von der privaten Krankenversicherung abgedeckt.

■ Altersspezifische Risiken klug absichern

Neben vielen Möglichkeiten birgt die Zeit des Ruhestands auch so manch neue Risiken. Altersbedingte Einschränkungen oder ein verändertes soziales Umfeld können zum Beispiel



©Syda Productions – Fotolia.com

bei einem Unfall, einer längeren Krankheit oder auch nur einem Schaden in der Wohnung ungeahnte Probleme aufwerfen. Viele private Unfallversicherungen bieten heute deshalb sogenannte Assistance-Leistungen, die im Fall eines Falles eine wertvolle Erleichterung sein können. Angesichts der Vielzahl an Leistungskatalogen empfiehlt sich hier eine fachkundige Beratung. Zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen ist angesichts weit verbreiteter Versorgungslücken auch die Absicherung gegen das Pflegefallrisiko. Das Lebensrisiko, zum Pflegefall zu werden, steigt im Alter erheblich und wird häufig unterschätzt: Knapp drei Viertel aller Frauen und jeder zweite Mann über 30 dürften im Laufe ihres Lebens pflegebedürftig werden. Unser Tipp: Verwenden Sie beim Übergang in den Ruhestand frei werdende Mittel aus nicht mehr benötigten Versicherungen für die zusätzliche private Pflegevorsorge.

Eine sinnvolle Vorsorge in anderer Angelegenheit bietet angesichts hoher und steigender Bestattungskosten eine Sterbegeldversicherung. Sie über-

nimmt bis zu einer vereinbarten Höhe die Kosten für die eigene Bestattung. Diese sind ansonsten mitunter von den Angehörigen zu tragen.

■ Kurze Liste genügt

Nutzen Sie am besten den Beratungsservice des dbb vorsorgewerks: Senden Sie uns einfach eine Liste Ihrer aktuellen Versicherungen – idealerweise mit Kopien der Policen. Es empfiehlt sich eine Kontaktaufnahme, in der wir Ihre Lebensumstände und Pläne besprechen. Im Anschluss erhalten Sie eine auf Ihre Bedürfnisse abgestimmte Empfehlung, mit welchem Versicherungsumfang Sie im Ruhestand ideal abgesichert sind – und dabei vielleicht noch bares Geld sparen.

sz

➤ Info

Lassen Sie sich von den Kolleginnen und Kollegen des dbb vorsorgewerk beraten. Gerne wird Ihnen auch eine fachmännische Beratung vor Ort vermittelt. Weitere Informationen erhalten Sie auch online unter www.dbb-vorsorgewerk.de



Der Fall des Monats

Unfall bei Fahrt zum Amtsarzt: Bei Anordnung liegt Dienstunfall vor

Das DLZ Ost vertrat eine Beamtin, die auf dem Weg zum Amtsarzt mit ihrem Fahrrad einen Unfall hatte und sich verletzte. Die Beamtin machte einen Dienstunfall geltend. Demgegenüber vertrat der Dienstherr, eine Kommune, die vom Verwaltungsgericht Dresden zurückgewiesene Auffassung, dass kein Dienstunfall gegeben sei.

Der Dienstherr vertrat die Auffassung, es handele sich nicht um einen Dienstunfall, denn es fehle die Dienstbezogenheit der Handlung. Diese Auffassung erwies sich als falsch, entschied das Verwaltungsgericht Dresden mit Urteil vom 18. Januar

2016 (Az.: 11 K 490/15). Fordert der Dienstherr von einer Beamtin, sich dem Amtsarzt vorzustellen, so begründe dies eine Pflicht für die Beamtin, dem Folge zu leisten. Diese Anordnung sei im Dienstverhältnis ergangen und begründet



© Piotr Marcinski - Fotolia.com

grundsätzlich die oben genannte Pflicht und stelle damit die Dienstbezogenheit der (Dienst-) Handlung der Beamtin dar.

das Dienstleistungszentrum Ost geführt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. **ak**

Fazit

Folgt ein Beamter/eine Beamtin der unmissverständlichen Aufforderung des Dienstherrn, den Amtsarzt aufzusuchen, so ist der unmittelbare Weg dorthin dienstunfallversichert. So entschieden vom Verwaltungsgericht Dresden im oben genannten Verfahren. Das Verfahren wurde erfolgreich durch

Info

Der dbb gewährt den Einzelmitgliedern seiner Mitglieds-gewerkschaften berufsbezogenen Rechtsschutz.

Zuständig dafür sind die Juristen in den dbb Dienstleistungszentren in Berlin, Bonn, Hamburg, Nürnberg und Mannheim. Das dbb magazin dokumentiert den „Fall des Monats“.

dbb vorteilswelt:

Hier wird SPAREN großgeschrieben

Onlineshopping ist gefragter denn je. Ob Elektroartikel, Bekleidung, Schuhe oder sogar Nahrungsmittel – die Deutschen lieben den einfachen Einkauf per Klick. Aktuelle Prognosen zufolge sollen Onlinekäufer für jede Bestellung 67,60 Euro ausgeben – und dies 20-mal in diesem Jahr. Das ergibt im Schnitt 1 352 Euro für Onlinekäufe, 141 Euro mehr als in 2015.

dbb Mitglieder und ihre Angehörigen profitieren bei jeder Bestellung im Onlineeinkaufsportal der dbb vorteilswelt von durchschnittlich gut 24 Prozent Rabatt. Das ergibt aufs Jahr gerechnet mehr als 300 Euro Ersparnis! Damit kann sogar ein Teil des jährlichen Gewerkschaftsbeitrages teilweise oder vollständig aufge-wogen, gegebenenfalls sogar überkompensiert werden.

Eine vielfältige Produktauswahl in über 160 Markenshops wartet darauf, entdeckt zu werden: Neben den Klassikern wie Zalando, SONY oder auch Mister Spex bieten neue Shops und Anbieter die neueste Sommermode, hochwertige Gartenmöbel, schickes Schuhwerk oder puren Nervenkitzel für die ganze Familie. Attraktive Preisnachlässe sparen dabei bares Geld.

Auch die Autoangebote der dbb vorteilswelt erwirtschaften Ersparnisse bei der Mobilität. Das Neuwagenkonzept mit monatlicher Komplett-rate umfasst einen Zwölf-Monats-Vertrag inklusive Versicherung, Steuern und Rundfunkgebühren. Anzahlung beziehungsweise Schlussrate entfallen, das heißt, es ist keine Kapitalbindung erfor-

derlich. Das Startangebot – ein Citroën C4 Cactus (1,6 l/ BlueHDl/73 kW/99 PS), ein fünftüriger SUV der unteren Mittelklasse, gibt es bereits ab 229 Euro im Monat. Die aktuelle Modellpalette sowie weiterführende Informationen entnehmen Sie bitte der Website unter www.dbb-vorteilswelt.de

Um den Exklusivcharakter der hoch rabattierten Angebote gewährleisten zu können, ist beim Erstbesuch der separaten Einkaufs- und Erlebnis-plattform eine Registrierung erforderlich, bei späteren Besuchen nur noch ein einfaches Login (mit E-Mail-Adresse und Passwort). Hierbei wird unter anderem auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft abgefragt. **sz**

Tipp

Ab sofort finden Sie alle Angebote des dbb vorgewerk sowie der dbb vorteilswelt auf einem gemeinsamen Mehrwertportal – speziell für den öffentlichen Dienst – unter www.dbb-vorteilswelt.de.

Ein Besuch lohnt sich!

Aus dem Ruhestand in die Flüchtlingshilfe:

Doris Iwen – Akten statt Allegro



Zum Jahresende hatte sie genug gelesen und gehört. „Je mehr die Flüchtlingskrise in den Blick der Öffentlichkeit rückte, desto heftiger wurde der Staat angegriffen. Das hat mich geärgert. Auch weil ich merkte, dass viele Kritiker nur wenig darüber wissen, welche Verfahren staatlicherseits in Gang gesetzt werden müssen, um einem geflüchteten Menschen Asylrecht zu gewähren“, sagt Doris Iwen. „Offensichtlich fehlt das Verständnis, dass die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, einen Antrag stellen müssen, dass dieser Antrag nach klaren gesetzlichen Vorgaben geprüft werden muss und dass diese Prüfung, je nach Aktenlage, einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Die Unterstellung, dass die Mitarbeiter des zuständigen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unfähig und überfordert sind, ist unzutreffend. Mir war sofort klar, dass sie unter der Masse der Asylanträge buchstäblich begraben wurden. Deshalb entschloss ich mich nach einigem Nachdenken, meine Hilfe anzubieten.“

➤ Abschied nehmen von der geliebten Freiheit?

Dieses Nachdenken zielte weniger in Richtung „womit kann ich meinem alten Dienstherrn Staat in seiner Bedrängnis helfen“ als vielmehr „möchte ich vorübergehend Abschied von meiner lieb gewordenen Freiheit nehmen, jederzeit zu tun und zu lassen, was ich mag“. In die Waagschale für „Freiheit“ legte Doris Iwen die schönen Dinge, die seit ihrem Ruhestandsbeginn Anfang 2014 einen großen Teil ihres Lebens ausmachen. Die regelmäßigen Reisen von ihrem Hauptwohnsitz Bonn nach Berlin, wo sie eine kleine Mietwohnung hat, um das kulturelle Angebot der

Doris Iwen geht gerne ins Theater, noch lieber ins Konzert und schätzt die Klaversonaten und -konzerte von Mozart, Beethoven, Brahms oder Chopin ganz besonders, wenn sie von ihrem Lieblingspianisten Grigori Sokolow interpretiert werden. Die ehemalige Mitarbeiterin des Bundesrechnungshofes wird wohl bald weniger Zeit für ihre Hobbys haben, zu denen auch Reisen und Golfspielen gehören. Die Regierungskontrolleurin kehrt auf eigene Initiative aus dem Ruhestand zurück und arbeitet ab dem 1. Juni 2016 beim Bundesamt für Flüchtlinge und Migration als Entscheiderin für Asylverfahren.

Kredite

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Glückszins Kredite für Sparfüchse
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (eff. gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate. Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

! SOFORTKREDITE !
vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 0201/22 13 48
Ablösung teurer Kredite u. Girokonten.
Kredite bis zum 80. Lebensjahr.
Ohne Auskunft bis 10.000 €.
45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Unser Anzeigenteam erreichen Sie unter:

Tel. 021 02/7 40 23-0
Fax 021 02/7 40 23-99
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

dbb verlag

„Danke für alles!“

SOS KINDERDÖRFER WELTWEIT

www.sos-kinderdoerfer.de

2015/1

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
Mehrfachgenossenschaft Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weske

ERGO Kredite für Beamte & Angestellte
www.Beamtenkredit.de
0800-770 80 80
NIEDRIGZINS + KLEINE RATEN
Jetzt gebührenfrei anrufen und sparen.

Hauptstadt in vollen Zügen genießen zu können. Das Golfspielen. Und das Reisen – insbesondere, wenn es sich mit Auftritten ihres Lieblingspianisten Grigori Sokolow kombinieren lässt.

In die Waagschale für „Pflicht“ legte sie die in ihrer Laufbahn erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten: Abitur 1967, Betriebsprüferin in der niedersächsischen Finanzverwaltung nach Prädikatsexamen, Wechsel in die hessische Finanzverwaltung infolge Eheschließung, eine der bundesweit zehn Bankenprüfer, 1989 Wechsel in den Bundesdienst als eine der ersten Frauen beim Bundesrechnungshof, anspruchsvolle Tätigkeiten im Prüfdienst unter anderem für die Beteiligungen des Bundes, 2000 bis 2003 Aufstieg in den höheren Dienst.

➤ **Ruhestandsbeamtin im Angestelltenverhältnis**

Die Entscheidung fiel – selbstredend – zugunsten der „Pflicht“-Gewichte. „Ich habe in vielen unterschiedlichen Bereichen gearbeitet, ich kann mit Gesetzen umgehen und sie anwenden und habe

Erfahrung, wie ein Verwaltungsakt beschaffen sein muss, um gerichtsfest zu sein. Und darum geht es ja letztlich, wenn die Entscheidung über einen Asylantrag fällt“, fasst Doris Iwen ihre Beweggründe zusammen.

Noch im Dezember 2015 bot sie dem Bundesinnenministerium in einem Brief ihre Mitarbeit an – und wurde postwendend gebeten, sich direkt mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg in Verbindung zu setzen. Dem im BAMF für die Rekrutierung der so dringend benötigten Entscheider zuständigen leitenden Mitarbeiter genügte ein Telefongespräch. „Er fragte, wann ich anfangen kann und da ich die ersten Monate dieses Jahres bereits verplant hatte, haben wir den 1. Juni 2016 anvisiert. Mein Einsatzort wird Bonn sein. Da Geld für mich in dieser Sache kein Motiv ist, habe ich eingewilligt, im gehobenen Dienst als Angestellte tätig zu werden“, erzählt die 67-jährige Wiedereinsteigerin, der anzumerken ist, dass sie sich auf die anspruchsvolle Aufgabe der Asylantragsprüfung freut – eine hoheitliche Aufgabe, für die ausschließlich ent-

sprechend qualifizierte Bundesbedienstete infrage kommen: „In vielen Fällen werden wohl weitere Ermittlungen notwendig sein.“

➤ **Flüchtlingskind hilft Geflüchteten**

Über die Verblüffung, die sie mit ihrer eleganten Erscheinung und offenen Art bei ihren Mitmenschen erntet, wenn ihr Status ins Spiel kommt, kann sie sich bis heute amüsieren. „Meine Laufbahn ist nicht typisch. Ich bin nicht unbedingt ein Schreibtischmensch und habe deshalb immer gern im Außendienst gearbeitet. Wenn ich als junge Finanzbeamtin im Minirock mit Aktentasche zur Betriebsprüfung in einem Handwerksunternehmen ankam, waren die immer verblüfft. Und später, als ich die Beteiligungen des Bundes geprüft habe, fragte mich ein Lufthansa-Vorstand, ob ich wirklich vom Bundesrechnungshof sei: So hätte er sich eine Beamtin nicht vorgestellt. „Ja, wie denn sonst: mit Dutt und Kassenbrille?“, habe ich zurückgefragt.“

Für sie selbst sind Stil und Status kein Widerspruch. „Ich bin eine in der Wolle gefärbte

Staatsdienerin und stamme sogar aus „altem Beamtenadel“, sagt sie munter: „Mein Urgroßvater war Steuereinnahmer in Ostpreußen, mein Großvater Vorsteher eines Heeresverpflegungsamtes in Königsberg und mein Vater Offizier, der nach dem Krieg in der Zollverwaltung tätig war.“

Wichtig sei ihr, neben der besonderen Treue zum Staat, der Respekt gegenüber den Menschen – eine Verpflichtung, die bei ihrer Tätigkeit als Entscheiderin noch mehr Bedeutung gewinne: „Ich bin als Kind eines Flüchtlingspaares in Braunschweig geboren. Meine Eltern waren aus Kolberg in Pommern nach Niedersachsen geflüchtet. Aus ihren Erzählungen weiß ich, wie schwer es für sie war, in ihrer neuen Heimat Fuß zu fassen – und das im eigenen Land. Die Flüchtlinge, mit denen ich zu tun haben werde, kommen aus einem anderen Kulturkreis, sprechen nicht unsere Sprache und sind in der Mehrzahl ganz bestimmt nicht freiwillig hier. Um ihnen Chancen für die Zukunft einzuräumen, ist es wichtig, möglichst rasche und gerechte Entscheidungen zu treffen, wer hierbleiben darf.“

cri

12. Frauenpolitische Fachtagung:

Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?

Chancen und Risiken der Digitalisierung der Arbeitswelt standen im Fokus der 12. Frauenpolitischen Fachtagung, zu der die dbb bundesfrauenvertretung am 12. April 2016 ins dbb forum berlin eingeladen hatte. Vor großem Publikum – rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen – analysierten und diskutierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden die aktuellen Trends des sogenannten „Arbeiten 4.0“ mit besonderem Augenmerk auf die Perspektive des öffentlichen Dienstes und der weiblichen Beschäftigten: Was bedeutet der Einzug moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in die Arbeitswelt für die Organisationsstrukturen von Verwaltungen und Betrieben? Welche Auswirkungen haben die dynamischen Veränderungen auf die Karriereentwicklung? Wie steht es um die Fürsorgepflicht der Vorgesetzten, und wo können und müssen Gewerkschaften aktiv werden?

„Der digitale Wandel der Arbeitswelt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Gastgeberin der Frauenpolitischen Fachtagung, in ihrer Eröffnungsrede. „Diejenigen, die für einen funktionsfähigen Staat und das Gemeinwesen sorgen, müssen in der Debatte mitgedacht werden. In diesem Bereich arbeiten vor allem Frauen. Sie stellen sich zu Recht die Frage: Was wird aus mir und meiner Arbeit in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren? Die betroffenen Akteure aus Wirtschaft, Industrie, Politik und aus dem öffentlichen Dienst müssen sich dieser Herausforderung gleichermaßen stellen“, forderte Wildfeuer. Dazu müssten auch die bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsregeln an die Erfordernisse einer zunehmend digitalisierten und entgrenzten Arbeitswelt angepasst werden. „Die Beschäftigten und deren Vertretungen müssen von Anfang an in die Weiterentwicklung der Arbeitsprozesse einbezogen werden.“ Wildfeuer warnte davor, dass neue Technologien, die die Arbeit vermeintlich erleichterten, für ältere Beschäftigte zur Feuerprobe werden könnten: „Wer



Businessfotografie Inga Haar (7)

➤ Eine zeitgemäße und geschlechtersensible Arbeitsschutzpolitik, ein vertrauensvolles Personalmanagement, eine starke Beschäftigtenvertretung und der Wille der politischen Entscheiderinnen und Entscheider, im Sinne der Beschäftigten zu handeln, sei nötig, um den Wandel der Arbeit menschlich zu gestalten, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, in ihrer Auftaktrede.

nicht mehr mitkommt, wird schnell von den Jüngeren abgehängt. Umso dringender müssen wir diese Beschäftigtengruppe an die neuen Technologien heranführen. Passgenaue Weiterbildungen und gezielte Schulungen müssen die Beschäftigten dort abholen, wo sie mit ihrem digitalen Know-how gerade stehen. Es wäre fatal für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, gerade die erfahrenen Beschäf-

tigten und deren Wissen durch den digitalen Wandel zu früh zu verlieren.“

➤ Wandel geschlechtergerecht gestalten

„Gesetzgeber, Tarifpartner, Betriebs- und Personalräte sind gleichermaßen gefragt, sich aktiv für einen gesunden und geschlechtergerechten digitalen Wandel im öffentlichen Dienst einzusetzen“, unterstrich die

Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Vor allem die Nachteile, die Frauen derzeit aufgrund von Pflege, Eltern- und Teilzeitbeschäftigung entstehen, müssten gezielt in den Blick genommen werden: „Wer weniger Zeit im Büro verbringt, wird seltener bei Beförderungen berücksichtigt. Diese Tendenz droht mit zunehmender Entgrenzung der Arbeit weiter zu steigen“, machte Wildfeuer deutlich. „Umso mehr müssen wir darauf achten, dass ein Mehr an Mobilität und Flexibilität Frauen in ihrer Karriereentwicklung nicht noch stärker zurückwirft.“

➤ Ausbeutungsgefahr bei Dauererreichbarkeit

Eindringlich warnte Wildfeuer vor den gesundheitlichen Risiken, die der digitale Wandel mit sich bringt: „Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, darf nicht dazu führen, dass sich Beschäftigte verpflichtet fühlen, rund um die Uhr zur Verfügung zu stehen“, so die Vorsitzende. Um diese Risiken nicht auszureizen, müssten auch im öffentlichen Dienst die geltenden Gesetze zum Arbeits- und Gesundheitsschutz ordnungsgemäß angewandt und entsprechend an

die sich wandelnden Arbeitsumstände angepasst werden.

Auch dbb Chef Klaus Dauderstädt warb vor der Fachkonferenz für einen „gesunden Umgang“ mit den modernen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Arbeitswelt: „Vereinbarte Arbeitszeit darf nicht durch moderne IT-Vernetzung umgangen und gnadenlos überzogen werden“, forderte der dbb Bundesvorsitzende. „Die viel zitierte permanente Erreichbarkeit verwischt mit der unwiderstehlichen Leichtigkeit des ‚Klings‘ beim Eintreffen einer Mail oder Nachricht auf dem Handy erbarmungslos die Grenze zwischen Freizeit und Beruf. Das dezimiert die Erholungs- und Entspannungsphasen, die wir zur Bewältigung des Arbeitsstresses brauchen und auf deren Inanspruchnahme niemand verzichten sollte. Das setzt eine Führungskultur voraus, die wir nicht überall vorfinden. Wir sind ja gerne vernetzt, aber nicht rund um die Uhr – das wäre schlicht Ausbeutung.“ Die neue Flexibilität sei begrüßenswert, betonte Dauderstädt, ihr Mehrwert müsse für alle Beteiligten ausgeschöpft werden: Beschäftigten gerade mit Familienpflichten sollten, wo vom Betriebsablauf her machbar, Alternativen wie Heim- und Telearbeit eröffnet werden, ebenso wie das auf die Lebensarbeitszeit insgesamt abstellende Instrument der Flexibilisierung durch Langzeit- oder Lebensarbeitszeitkonten. „Die von Arbeitgeberseite bisher strikt abgelehnte Kumulation und Kombination angesamelter Zeiten vor dem anstehenden Eintritt in den Ruhestand ist ein alter Hut, der nicht auf moderne Köpfe passen kann“, stellte der dbb Chef klar.

► Digitalisierung eröffnet Frauen bessere Chancen

Christine Morgenstern, Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Familie,



► Für einen „gesunden Umgang“ mit den modernen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Arbeitswelt warb dbb Chef Klaus Dauderstädt in seinem Grußwort.

Senioren, Frauen und Jugend, machte in ihrem Grußwort Mut für die Zukunft: „Frauen können vom digitalen Wandel profitieren, wenn es mithilfe der Digitalisierung gelingt, den ‚geteilten Arbeitsmarkt‘ aufzubrechen.“ Die Chancen hierfür stünden gut, so die Gleichstellungsexpertin. Durch die Veränderung der Arbeitsprozesse, insbesondere den Wegfall zahlreicher, auf schwere körperliche Arbeit abstellender Produktionsprozesse insbesondere in technischen Berufen, würde den Frauen der Weg in diese in der Regel besser bezahlten Arbeitsplätze weiter geebnet. Auch die dank der Digitalisierung zunehmende Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsorts und die absehbare Abkehr von der Kultur der Vollzeitpräsenz an einem einzigen Arbeitsort kämen dem Wunsch von Frauen nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie, partnerschaftlichen und gleichgestellten Beziehungen entgegen. Chancen eröffne der digitale Wandel den Frauen schließlich auch mit Blick auf Führungspositionen, die durch mobiles Arbeiten ebenfalls praktikabler würden, erläuterte Morgenstern, versäumte aber gleichwohl nicht, auch auf die Risiken des „Arbeiten 4.0“ hinzuweisen: „Das Risiko einer zunehmenden Entgrenzung von beruflicher und privater Sphäre ist definitiv gegeben, und hier brauchen wir klare Spielregeln und Grenzen, die

auch die Arbeits- und Führungskultur künftig prägen.“

► „Change Agents“ des digitalen Wandels

Morgensterns Ausblick wurde vertieft vom Vortrag der Wissenschaftlerin Dr. Kira Marrs vom Münchener Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung. Anhand von konkreten Szenarien skizzierte sie das Wirken von Frauen in der digitalen

als geradezu prädestiniert für die digitalisierte Arbeitswelt erscheinen lassen: „Beim vernetzten, kooperativen, transparenten, Wissen teilenden und auf kollektive Expertise setzenden Arbeiten, das die digitalen Techniken mit sich bringen werden, erfahren die ‚typisch weiblichen‘ Kompetenzen eine enorme Aufwertung“, so Marrs, ehemalige „Soft Skills“ würden zu „Hard Skills“ der modernen Arbeitswelt: „Gefragt sind agile, vernetzte, kommunikative, integrative Community-Manager, die Teams in flachen Hierarchien zum gemeinsamen Erfolg führen. Es wird kaum mehr Bühnen für individuelle Selbstinszenierungen, wie wir sie heute noch kennen, geben“, blickte Marrs in die Zukunft. Auch in puncto Arbeitsorganisation und Karriereperspektiven böten die neuen technischen Möglichkeiten große Chancen, sich unabhängig vom hergebrachten „Raum-Zeit-Gefüge“ zu machen und so eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine lebens-



► Die Spezifika des digitalen Wandels und dessen Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst wolle das BMFSFJ im Zuge des Sozialpartnerdialogs thematisieren. Noch in diesem Jahr solle dazu ein eigenes Dialogforum stattfinden, kündigte Christine Morgenstern, Abteilungsleiterin Gleichstellung im BMFSFJ, an.

Arbeitswelt von morgen und appellierte, die „digitale Revolution“ als Gestaltungsprozess zu verstehen, der insbesondere den Frauen bessere Chancen in der Arbeitswelt eröffne. Es gebe zahlreiche Indizien, die die weiblichen Beschäftigten aufgrund ihrer besonderen kommunikativen und sozialen Kompetenzen

phasenorientierte Karriereplanung zu verwirklichen. Marrs' Fazit: „Frauen sind die idealen Change-Agents der digitalen Transformation.“ Die Wissenschaftlerin betonte: „Der epochale Umbruch, den die Digitalisierung unserer Arbeitswelt beschert und damit vor allem Frauen ganz neue Möglichkei-

ten eröffnet, ist kein Selbstläufer. Nur, wenn ihn alle Akteure der Arbeitswelt gemeinsam mit konkret formulierten Zielvorstellungen aktiv gestalten, können wir auf dem Weg zu einer menschengerechteren Arbeitswelt vorankommen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen wird dabei der Lackmustest sein.“

■ Generation Y: Treiber der Modernisierung

Was die nächste Generation der Arbeitnehmerinnen von Arbeitgebern wie dem öffentlichen Dienst in Zukunft erwartet, berichtete Generationenforscher Prof. Dr. Klaus Hurrelmann von der Hertie School of Governance, bekannt als wissenschaftlicher Vater der „Shell Jugendstudie“. Bei der gegenwärtigen jungen „Generation Y“, den zwischen 1985 und 2000 Geborenen, habe die dauerhafte Auseinandersetzung mit einem unsicheren Zukunftshorizont, ungewissen Lebensperspektiven und nicht berechenbaren Bedrohungsszenarien (Terrorismus) zu einer Mentalität des „tastenden Sondierens“ und „pragmatischen Ausprobierens von Alternativen“ geführt, so Hurrelmann. Die „Egotaktiker“ seien „digitale Eingeborene“, also quasi heimisch in der für Ältere noch neuen digitalen Welt. Was nun die jungen Frauen hervorhebe, sei neben formal grundsätzlich höheren Bildungsabschlüssen die Tatsache, dass diese „viel

besser mit den Unsicherheiten klarkommen, sich pragmatisch arrangieren und gut organisieren“. Ihr ganzes Handeln sei geprägt von einer „enorm hohen sozialen Intelligenz“, sie nähmen ganz bewusst und ehrgeizig das klassische Frauenmodell („Kind, Küche, Kirche“) für sich in Anspruch, ergänzt um das vierte „K“ – ihre Karriere. „Ich will alles!“, laute das Motto junger Frauen, die eine sehr klare Mehrrollenorientierung formulierten. „Für die aktuellen Herausforderungen, auch die der Arbeitswelt, bringen diese jungen Frauen das ideale Rüstzeug mit“, fasste der Sozialwissenschaftler zusammen: „Sie sind hoch gebildet, innovativ, flexibel, mehrgleisig im Denken, agil, widerstandsfähig und mental stark – und wissen das auch.“ Entsprechend selbstbewusst würden sie künftigen Arbeitgebern gegenüber treten und ihre Ansprüche klar stellen, so Hurrelmann. „Damit werden die jungen Frauen zu Treibern der Modernisierung werden und in ihren Arbeitswelten

dafür sorgen, dass ihnen dort insbesondere die Vereinbarkeit der verschiedenen Rollen, die sie in ihrem Leben einnehmen möchten, gelingt.“ Der öffentliche Dienst biete ihnen dafür mit seinem Sicherheits- und Planbarkeitsfaktor schon heute einen vergleichsweise guten Entfaltungsraum, so Hurrelmann.

■ Optimierungsspielraum im öffentlichen Dienst

Die anschließenden Diskussionsrunden mit dem Publikum und auf dem Podium machten unterdessen deutlich, dass es auch im öffentlichen Dienst noch reichlich Optimierungsspielraum gibt, was die Rahmenbedingungen von Arbeiten im digitalen Zeitalter angeht. Moderiert von Andreas Ulrich (rbb), formulierten Lena-Sophie Müller (Initiative D21 e.V.), Michael Niehaus, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Anke Schwitzer, Vorsitzende der dbb Grundsatzkommission

Personalvertretungsrecht und des dbb sh, und dbb jugend-Chefin Sandra Kothe die Punkte, auf die es bei der Gestaltung des digitalen Wandels im öffentlichen Dienst ankommen sollte: Eine Führungs- und Beschäftigtenkultur, die die Chancen der Digitalisierung positiv aufnimmt und umsetzt, wirksame und verbindliche Schutzmechanismen gegen eine Entgrenzung von Berufs- und Privatleben, die generationensensible Umsetzung von Maßnahmen, die nachhaltige und sowohl digitale als auch „ana-



➤ Aus Sicht von Prof. Dr. Hurrelmann, Hertie School of Governance, hätten junge Frauen gerade durch ihre bessere Schulbildung einen Vorteil in der sich verändernden Arbeitswelt: „Frauen bringen das bessere Rüstzeug mit, um mit den neuen Gegebenheiten und den zunehmenden Unsicherheiten zurechtzukommen.“

loge“ Sicherstellung des Wissenstransfers und, nicht zuletzt, eine funktionierende technische und angemessene räumliche Ausstattung der Arbeitsplätze.

Den Schlusspunkt der Fachtagung setzte dbb frauen-Vorsitzende Helene Wildfeuer: „Lassen Sie uns die Digitalisierung als großartige Chance begreifen und gleichstellungsorientiert ausgestalten – Seite an Seite mit den Beschäftigten, der Politik und den öffentlichen Arbeitgebern. Aber lassen Sie uns dabei vor allem nicht vergessen: Ohne den Menschen geht es nicht.“ *iba*



➤ Arbeitsschutz ist ein zentrales Thema bei der Digitalisierung im öffentlichen Dienst und ein wichtiges Aufgabenfeld für die Beschäftigtenvertretungen. Zu diesem Ergebnis kamen die Podiumsgäste der Debatte zum Thema „Gute Arbeit weiterdenken, Frauen mitdenken“ am Nachmittag. Von rechts: Lena-Sophie Müller (Initiative D21 e.V.), Anke Schwitzer (dbb sh), Andreas Ulrich (rbb, Moderation), Sandra Kothe (dbb jugend) und Michael Niehaus (BAuA).

24. Europäischer Abend

Europas Zukunft – Aufbruch oder Abbruch

Wie steht es um „Europas Zukunft – Aufbruch oder Abbruch“? Zu Impulsen und Diskussionen begrüßten die Gastgeber Eva Högl MdB, Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland, und der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 11. April 2016 Dr. Viviane Reding MdEP, frühere EU-Kommissarin und EU-Kommissions-Vizepräsidentin, Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Dr. Wolfram Eilenberger, Chefredakteur „Philosophie Magazin“, Prof. Dr. Herfried Münkler, Lehrstuhlinhaber für „Theorie der Politik“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, und Jens Spahn MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen, im dbb forum berlin.



> Eva Högl

In ernster Sorge um Europa zeigte sich Eva Högl: „Die Stimmen jener, die keine Freundinnen und Freunde Europas, von staatenübergreifender Gemeinsamkeit sind, werden immer lauter. Nationalstaatliche Interessen drängen in den Vordergrund, sowohl in den Parlamenten der Mitgliedstaaten als auch bei ihren Bürgerinnen und Bürgern.“ Die Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union aktuell auseinandersetzen müsse, seien denkbar vielfältig und heikel: Flüchtlingsfragen, das Großbritannien-Referendum, Griechenlands Finanzprobleme, die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten und schließlich auch die konkrete Gefährdung des nunmehr „71 Jahre währende Friedens, der größten Errungenschaft der europäischen Gemeinschaft“, zählte die Europa-Union-Vize mit Blick auf den Ukraine Konflikt auf. „Wir müssen Europa immer wieder neu weiterentwickeln, es gibt in unserer europäischen Geschichte nicht

immer nur Fortschritte“, so Högl. „Aber es lohnt sich, dass wir uns alle gemeinsam weiter für diese Idee engagieren.“

■ Zurück ins 19. Jahrhundert?

„Ein Europa der Nationalstaaten – Zurück ins 19. Jahrhundert?“ – unter dieser Überschrift diskutierten Gesine Schwan und Wolfram Eilenberger die aktuellen Tendenzen innerhalb der Europäischen



> Gesine Schwan

Union. Eine „leichtfertige Zerstörung“ der europäischen Idee attestierte Schwan als „Folge der kontinuierlichen Entsolidarisierung unter den Mitgliedstaaten“, zu der die deutsche Bundesregierung mit ihrer Politik in Europa einen erheblichen Anteil beigetragen habe, indem sie selbst sich auf die Sicherung ihrer nationalen ökonomischen Interessen konzentriert habe – sowohl im Zuge der Finanzkrise als auch in puncto Griechenland oder auch aktuell bei

der Bewältigung der Flüchtlingssituation. Über einen längeren Zeitraum habe all dies zu einem inneren Zerstörungsprozess, einer geistig-normativen Erosion der europäischen Gemeinschaft geführt. „Das bricht nun plötzlich auf“, stellte Schwan fest, „aber alle tun so, als könne man dieses Problem mit Konversation und Floskeln lösen.“ Wirklichen Mut, solidarisch europäisch zu handeln, sehe sie derzeit bei keiner nationalstaatlichen Regierung der EU-Mitglieder, kritisierte Schwan. Einen möglichen Weg aus der Krise sieht die Politologin in einem neuen moralischen Zusammenhalt innerhalb der Union, der mit ökonomischen Maßnahmen gefördert werden könne. „Wir müssen die Ursachen für Feindseligkeiten und Ressentiments der Europäerinnen und Europäer untereinander bekämpfen“, forderte Schwan – es sei doch klar, was jungen Ausbildungssuchenden und Arbeitslosen in Südeuropa durch den Kopf gehe, wenn sie ihre Altersgenossen etwa in Deutschland

betrachteten. „Hier müssen wir ansetzen“, so Schwan. „Warum nicht die Flüchtlingskrise zum EU-weiten Investitionsprogramm machen, von dem alle Nationalstaaten auf die vor Ort beste Art und Weise profitieren?“, regte die Politik-Professorin an. Entsprechende Ideen und Impulse in diesem Sinne gebe es bereits, beispielsweise in Portugal und Italien. „Diese Gedanken müssen jetzt schnell und konstruktiv weiterverfolgt werden“, mahnte Schwan.

„Lebenslüge“ bewusst, man könne „ewig im mauerlosen Paradiesgarten mitten in einer Welt des Elends“ leben. „Es wird jetzt sehr schwer für die EU, neue Perspektiven zu entwickeln, weil sich ihre ökonomischen Errungenschaften wie der freie Markt und die Reisefreiheit erschöpft haben, hier gibt es kein Wachstum mehr“, so Eilenbergers Analyse. Und statt Gestaltung prägten derzeit eher Sorgen über Sorgen die aktuelle Diskussion, Europa

fest. Diese „identitären Zentrifugalkräfte“ seien momentan so stark, dass sich der Philosoph keine konkrete Lösung vorzustellen vermag. Nur eines sei sicher, so Eilenberger: „Eine ökonomische Argumentation wird das Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten nicht verhindern können.“ Eilenbergers Rat mit Nietzsche: „Gelenkigkeit im Denken, Mut zu erkennen, dass die jahrelang gepflegten Überzeugungen möglicherweise jetzt nicht mehr die richtigen sind.“



> Wolfram Eilenberger

Keine ökonomischen Lösungen sieht dagegen Philosoph und Publizist Wolfram Eilenberger für die Krise der Europäischen Union, die er „bis 2010“ immerhin als „bestfunktionierendes Staatenbündnis der Welt“ bezeichnet. Nun aber sei die EU „wie aus einem Traum erwacht“ und werde sich der jahrelangen

habe ein Identitätsproblem. „Gab es früher zwei große identitätsstiftende Narrative in Europa, die kulturelle und die ökonomische Identität, ist Europa momentan nicht in der Lage, ein neues kulturelles Identitätskonzept zu entwickeln, das zudem nicht rechts gelagert ist“, stellte Eilenberger

> Münkler: „Aufbau als Rückbau, nicht Abbruch“

Anhand der These, die Europäische Union leide unter dem Phänomen der Überdehnung, skizzierte Prof. Dr. Herfried Münkler Ansätze, das drohende Scheitern der EU zu verhindern. Politische Überdehnung bezeichne dabei den Scheitelpunkt, ab dem es mit einem politischen Konstrukt wie die EU wieder bergab gehe. Historisch betrachtet sei dies der Punkt, an dem die Politik gegensteuere, etwa, indem sie gebundene Ressourcen wieder freisetze oder das politische Reich verkleinere. Auf der Seite der Gesellschaft äußere sich eine Überdehnung darin, dass Menschen erneut beginnen, Kleinräumigkeit und starke politische Führung zu bevorzugen – derzeit ablesbar am Aufstieg europafeindlicher Parteien. Das „europäische Mantra“ von permanentem Wachstum und



> Herfried Münkler

Frieden sei „verstimmt“, so Münkler. Der Politologe legte dar, dass Europa scheitere, wenn seine Mitte scheitere. Werde die europäische Mitte in Deutschland verortet, gelte es jetzt, das Zeitfenster für nötige Korrekturen nicht zu verpassen und dem Populismus entgegenzutreten. Da die Verkleinerung eines Reichs historisch betrachtet meist zu erheblichen Problemen geführt habe, plädierte Münkler für eine EU-Reform durch Flexibilisierung der Rechte und Pflichten in „konzentrischen Kreisen und Ellipsen“ zu den Rändern hin: „Aufbau als Rückbau, nicht aber Abbruch“ sei das politische Gebot der Stunde, um Europa zu retten.



■ EU-Institutionen: Lösung oder Problem?

Eine intensive Debatte darüber, wie die Europäische Idee zu retten sei, bestritten Viviane Reding und Jens Spahn. Reding plädierte für eine Stärkung der europäischen Institutionen. So habe der erste Versuch, bei den letzten Europawahlen einen wirklich europäischen Wahlkampf zu führen, die Akzeptanz der Staatenunion in den Umfragen merklich erhöht.



> Jens Spahn

Auch der Europäische Gerichtshof habe mit seinen Entscheidungen mehrfach die Fehler der Politik „wieder hingebogen“. Die im Kern immer noch nationalstaatlich geprägte Union habe versäumt, nach der starken wirtschaftlichen Union „den zweiten Schritt zu gehen“ und auch die politische Union weiter voranzutreiben. „Warum gibt es beispielsweise immer noch keinen EU-Finanzminister?“, fragte Reding. Auch ein Europa der „konzentrischen Kreise“, also ein Verbund aus sich überlagernden, unterschiedlichen Verbindlichkeiten (wie des Schengenraums, der Eurozone etc.) sei möglich, bedürfe aber ebenfalls im Kern einer stärkeren politischen Union.

Dem hielt Spahn, der auch Mitglied im CDU-Präsidium ist, entgegen, dass eine weitere Integration derzeit nicht die

Lösung sei. Lange Zeit sei das erklärte Ziel gewesen, dass es einen in allen Belangen harmonisierten EU-Raum gebe, den die einzelnen Länder aber in unterschiedlichen Geschwindigkeiten erreichten. Es gelte anzuerkennen, dass das Pathos des Vereinten Europa aber nicht mehr trage, und heute die Einheit in allen Bereichen eben nicht mehr das Ziel sei. Um die europäische Idee trotzdem zu retten, sei eine neue Definition und gegebenenfalls

auch Stärkung der Aufgaben der Nationalstaaten nötig. Diese müssten dann die Themen, die – wie etwa Migration, Terrorismusabwehr, Außen- und Sicherheitspolitik – sinnvollerweise auf europäischer Ebene gelöst werden müssten, im Zweifel auch zwischenstaatlich und damit außerhalb der EU-Institutionen lösen.

Diesen Ansatz erkannte Viviane Reding zwar als „sehr realpolitisch“ an, mahnte aber: „Es ist gefährlich, nur Realpolitik zu machen. Wenn es um ein geeintes Europa geht, höre ich mit dem Träumen nicht auf!“

■ Dauderstädt: Gemeinsame Antworten Europas

„Einen Abbruch des europäischen Projekts kann und darf es nicht geben. Europa braucht einen neuen gemeinsamen

Aufbruch“, mahnte auch Klaus Dauderstädt in seinem Schlusswort. „Europa ist unser aller Aufgabe“, betonte der dbb Chef. „Das ist nicht nur Sache der Politik, auch zivilgesellschaftliches Engagement und sozialpartnerschaftliche Verantwortung sind gefragt. Dabei haben wir auch als Beamtenbund den einen oder anderen Konflikt mit europäischen Regelungen, vor allen Dingen dann, wenn wir glauben, dass das deutsche Modell gut funktioniert – wie etwa das duale System in der beruflichen Bildung, der besondere Beamtenstatus oder unsere selbstverwaltete, beitragsfinanzierte und gegliederte Sozialversicherung. Dort halten wir das Subsidiaritätsprinzip hoch. Doch eine Renationalisierung Europas wäre nicht nur ein politischer Rückschritt, sondern weit mehr als das. Eine Renationalisierung würde die europäische Ordnung zerstören, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Sie würde ein gefährliches Vakuum erzeugen und damit Raum schaffen für neue Hierarchien in Europa, für ein neues Machtgefüge, das am Ende nur Verlierer kennt“, warnte der dbb Chef. „Ein neuer europäischer Aufbruch ist in jedem Fall eine gemeinsame Aufgabe der Europäer. Deutschland trägt dabei große Verantwortung, es tut dies aber nicht allein“, unterstrich Dauderstädt.



> Viviane Reding

„Abgesänge auf die Europäische Union“ halte er deshalb für unangebracht. „Die Zeiten mögen zwar schwierig sein, die Institutionen funktionieren aber nach wie vor. Das politische System, das die europäische Integration hervorgebracht hat, habe sich gerade in den Krisen Jahren bewährt. Manche sind enttäuscht über die europäische Politik, vor allem über die Politik einiger Regierungen in Europa, doch zeigen viele Meinungsumfragen, dass die Bürger in den großen Fragen unserer Zeit gemeinsame europäische Antworten wünschen.“ *iba, ef, br*



> Klaus Dauderstädt

Kliniken und Sanatorien

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
wunderschön gelegen im westlichen Münsterland

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur klinischen Behandlung psychischer Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie.

Indikationen: Depressionen, Essstörungen, Schlafstörungen, Angst und Panik, Belastungsreaktionen („Burn-Out“), Zwänge, Schmerzsyndrome.

Info-Telefon
0 28 61/80 00-0

Pröbstinger Allee 14
46325 Borken
www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de



Kuren am schönen Hopfensee – der „Allgäuer Riviera“!

MÖST

Innere Medizin, Orthopädie, phys. und Rehab.-Medizin, Naturheilverfahren, Erkrankungen der Haltungs- und Bewegungsorgane, Herz-Kreislauferkrankungen, Stoffwechselstörungen, Biologische Krebsnachsorge, Migräne, Erschöpfungszustände, chron. Schmerzzustände, Stressfolgen, Burnout-Prävention.

Hotelatmosphäre – Wellnessbereich – beihilfefähig

KNEIPP-SANATORIUM MÖST, Uferstraße 1, 87629 Füssen-Hopfen am See
Tel. (08362) 504-0, Fax (08362) 504-184
www.moest.com, E-Mail: post@moest.com



Gesundheitswochen im August
Sächsische Schweiz – Dresden

Privatpatient ab 70,- € pro Tag, inkl. Behandlungen
Infos: 03 50 22/47-930 oder www.kirnitzschtal-klinik.de
Kirnitzschtal-Klinik – Kirnitzschtalstraße 6 – 01814 Bad Schandau

»Sinn stiften ...

Malteser Stiftung
Michael Gruner
Tel.: (02 21) 98 22-123
stiftung.malteser@malteser.org
www.malteser-stiftung.de

Malteser Stiftung

... mit einer eigenen Stiftung oder Zustiftung.



INSELKLINIK HERINGSDORF
HAUS KULM

Meer für Ihre Gesundheit

Burn out?
Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

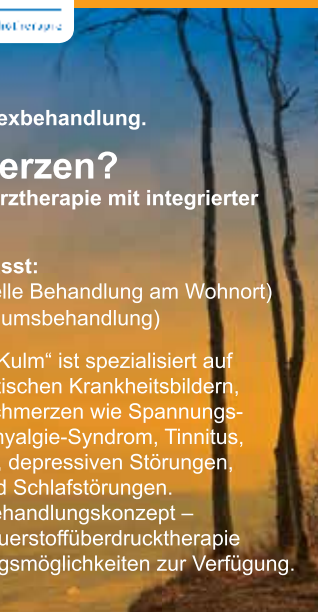
Chronische Schmerzen?
Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integrierter Ganzkörper-Kältetherapie.

Unser Leistungsspektrum umfasst:
Krankenhausbehandlung (anstelle Behandlung am Wohnort)
Rehabilitation (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf „Haus Kulm“ ist spezialisiert auf die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern, insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungskopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Tinnitus, Erschöpfungszuständen/Burn out, depressiven Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen. Sie erwartet ein ganzheitliches Behandlungskonzept – die Ganzkörper-Kälte- und die Sauerstoffüberdrucktherapie stehen als spezifische Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Kostenlose Service-Hotline:
0800 33 33 456 (Kostenlos aus dem dt. Festnetz, abweichende Mobilfunkpreise)

MEDIGREIF Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm
Kulmstr. 9 · 17424 Ostseebad Heringsdorf · Tel.: 038378 59-0 · Fax: 038378 59-585
E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de · www.inselklinik.de



AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKRANKENHAUS FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

*** Hochfrequente Therapie**
*** Herzlichkeit und Mitgefühl**
*** Individualität in familiärem Kreise**
*** 60 Betten / 30 Therapeuten**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
88339 Bad Waldsee
0 75 24 . 990 - 222
akutklinik.de

Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Ängste
Chronische Schmerzen
Trauma-folgestörungen

» mit einer eigenen Stiftung oder Zustiftung.«



Habichtswald-Klinik
Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel – Bad Wilhelmshöhe.
In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

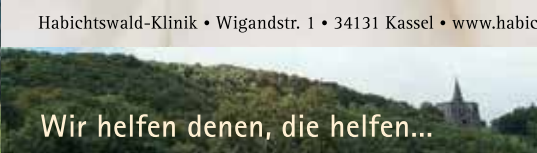
Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Wir helfen denen, die helfen...

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622


 **Klinik am Leisberg**

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts!

Aufnahme im Notfall sofort möglich!
Die überschaubare Größe der Klinik und unsere freundlichen Mitarbeiter ermöglichen den persönlichen Umgangsstil, in dem Sie sich wohlfühlen werden!

Sicheres Auffangen von Krisen, kreative Förderung Ihres Potentials, Ruhe und Entspannung.

Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste, Belastungsreaktionen, Essstörungen.

KÜ: Privatversicherungen, Beihilfe, PostBeaKK

Hotline: 0 72 21/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden

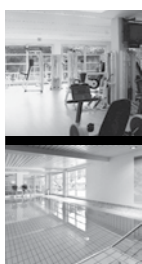
Internet: www.leisberg-klinik.de

Sich selbst oder anderen eine Freude machen!

Kunstkalender gemalt von Kindern mit Behinderung

Jetzt reservieren:
Tel.: 06294 4281-70
E-Mail: kalender@bsk-ev.org
www.bsk-ev.org

60 Jahre 1949-2019
BSK Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.



Privatklinik Eberl BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out
Orthopädie
Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 - 32°C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen



PRIVATKLINIK EBERL

Privatklinik Eberl
Buchener Straße 17
D-83646 Bad Tölz
Telefon: 08041.7872-0
Fax: 08041.7872-78
info@privatklinik-eberl.de
www.privatklinik-eberl.de

Unser Anzeigenteam erreichen Sie unter:

Tel. 021 02/7 4023-0
Fax 021 02/7 4023-99
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

dbb verlag gmbh Mediacenter
Dechenstr. 15a
40878 Ratingen

dbb verlag

Sanatorium Anders Bad Füssing

Niedrigster Tagessatz € 69,00
Beihilfefähig §30 GewO

- Arzt & Behandlung im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Breites Indikationsspektrum

Kostenloses Prospekt:
Tel.: 0 85 31 / 2 40 40

WENDELSTEIN® KLINIK

Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik

- Depressionen
- Schmerzstörungen
- Ängste
- Posttraumatische Belastungsstörungen

Geben Sie nicht auf!

WIR HELFEN IHNEN WEITER

WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de

beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus




Akutklinik Bad Saulgau

Fachklinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten

Akutklinik Bad Saulgau
Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie
Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau
Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400
info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de

Interesse an weiteren Informationen?
Schicken Sie diesen Coupon an
Stiftung Dt. Schlaganfall-Hilfe
Carl-Miele-Str. 210, 33311 Gütersloh

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Schlaganfall reißt aus dem Leben

Schlaganfall ist die dritthäufigste Todesursache in Deutschland.

Wir setzen uns dafür ein, dass weniger Menschen daran sterben.

STIFTUNG DEUTSCHE SCHLAGANFALL HILFE

Informationen unter:
Tel.: 05241 9770-0
schlaganfall-hilfe.de

Alterseinkünfte:

Sattes Rentenplus

Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2016 steht fest: In Westdeutschland steigen die Renten um 4,25 Prozent, in Ostdeutschland um 5,95 Prozent. Die Rentenanpassung 2016 bringt das stärkste Plus seit 23 Jahren. „Die Rentenanpassung der Bundesregierung ist allerdings nicht nur durch viel Licht, sondern auch durch viel Schatten geprägt“, sagte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, am 20. April 2016 in Berlin.

Speck begrüßte die Zustimmung des Bundeskabinetts zur Anpassung der Renten zum 1. Juli 2016, weil die Rentnerinnen und Rentner dadurch angemessen an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beteiligt werden. „Die Rentnerinnen und Rentner profitierten damit unmittelbar von der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt, dem Wachstum der Wirtschaft und von den steigenden Löhnen“, sagte Speck.

Positive Entwicklung ...

Die umlagefinanzierte Rente habe sich gerade in Zeiten niedriger Zinsen bewährt, kommentierte Sozialministerin Andrea Nahles die Entwicklung. „Die Erhöhung hat keine Auswirkung auf den Beitragssatz zur Rentenversicherung, dieser bleibt in den kommenden Jahren stabil bei 18,7 Prozent.“ Die für die Rentenanpassung relevante Lohnsteigerung betrage 3,78 Prozent in den alten und 5,48 Prozent in den neuen Ländern. Sie basiere auf der vom Statistischen Bundesamt gemeldeten Lohnentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), wobei der Einfluss der Arbeitsgelegenheiten mit Entschädigungen für Mehraufwendungen („Ein-Euro-Jobs“) außer Acht bliebe.

Darüber hinaus wird nach Angaben der Ministerin die beitragspflichtige Entgeltentwicklung der Versicherten berücksichtigt, die für die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung entscheidend ist. Dabei komme auch ein statistischer Sondereffekt aufgrund der Revision der VGR aus dem Jahr 2014 zum Tragen, der die anpassungsrelevante Lohnentwicklung bei der diesjährigen Rentenanpassung um rund einen Prozentpunkt steigert. Damit wird der statistische Effekt, der die letztjährige Rentenanpassung gedämpft hatte, wieder ausgeglichen.

Neben der Lohnentwicklung wird durch den Nachhaltigkeitsfaktor die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehenden zu Beitragszahlenden bei der Anpassung der Renten berücksichtigt. In diesem Jahr wirkt sich der Nachhaltigkeitsfaktor mit rechnerisch plus 0,18 Prozentpunkten steigernd auf die Rentenanpassung aus. Außerdem werde durch den sogenannten Faktor Altersvorsorgeaufwendungen die Veränderung der Aufwendungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Aufbau ihrer Altersvorsorge auf die Anpassung der Renten übertragen. Da der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversi-

cherung des Jahres 2015 (18,7 Prozent) gegenüber dem Jahr 2014 (18,9 Prozent) um 0,2 Prozentpunkte gesunken und die sogenannte „Riester-Treppe“ bereits 2013 letztmals zur Anwendung gekommen ist, wirke der Faktor Altersvorsorgeaufwendungen in diesem Jahr rechnerisch mit 0,26 Prozentpunkten anpassungssteigernd.

... mit Schattenseiten

„Sinkt jedoch trotz prozentualer Erhöhungen das allgemeine Rentenniveau in den kommenden Jahren nach den Vorgaben des Nachhaltigkeitsgesetzes bis 2030 auf 43 Prozent, steigt die Gefahr der Altersarmut erheblich an“, warnte der dbb Seniorenchef. Besonders viele Frauen, die wegen Kindererziehungs- oder Pflegezeiten keine durchgängige Erwerbsbiografie aufweisen können, müssten dann den Weg zum Sozialamt antreten. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer müsse über 30 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine Altersrente von etwa 700 Euro im Monat zu erhalten. „Die gesetzliche Rente muss aber ein Leben in Würde absichern und die Lebensleistung würdigen“, forderte Speck. Nach wie vor könne er zudem nicht nachvollziehen, dass es in Deutschland immer

noch zwei unterschiedliche Rentenwerte gebe.

Zwar sei erfreulich, dass der Abstand durch die höhere Anpassung in den neuen Ländern gegenüber den alten Ländern verringert werde, aber selbst wenn die Anpassungen in den nächsten Jahren in Höhe und Differenz vergleichbar ausfallen würden, wäre ein einheitlicher Rentenwert in Deutschland erst in circa fünf Jahren zu erreichen. „Dieser Zustand ist für die Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands unerträglich“, stellte Speck fest. Außerdem habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Zweifel an einer im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten vollständigen Angleichung der Rentenwerte bis 2020 gesät, indem sie die für dieses Jahr vereinbarte Prüfung, ob ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist, wieder infrage gestellt habe. „So schafft man kein Vertrauen in eine verlässliche Politik“, kritisierte Speck.

Neue Rentenwerte

Auf der Basis der vorliegenden Daten ergibt sich eine Anhebung des Rentenwerts West von zurzeit 29,21 Euro auf 30,45 Euro und eine Anhebung des Rentenwerts Ost von zurzeit 27,05 Euro auf 28,66 Euro.



Skott

Glosse:

Päckchen nach Panama

Jede gewiefte Geschäftsidee passt nicht nur auf eine Internetseite, sondern auch in den kleinsten Briefkasten. In Zeiten der Globalisierung verwundert es deshalb nicht, dass findige Köpfe ihre Briefkästen längst nicht mehr vor die eigene Haustüre in der tiefsten deutschen Provinz hängen, sondern draußen in aller Welt, denn allein dort ist sichergestellt, dass sie auch tatsächlich vom Global Player Deutsche Post bedient werden. Mit der pünktlichen Zustellung in Übersee klappt es deshalb so gut, weil die Deutsche Post selbstredend weder eine deutsche

Firma noch gar eine staatliche Institution in den Fesseln des öffentlichen Dienstrechtes ist, sondern der größte Logistikdienstleister der Welt, der mehrheitlich ausländischen Investoren gehört. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft werden weltweit die Briefkästen montiert und zu günstigen Preisen befüllt, die hierzulande nach und nach längst abgebaut worden sind. Das geht nur, so behaupten böse Zungen, weil Tausende Post-Subunternehmen, beispielsweise im asiatisch-pazifischen Netzwerk, ihren Zustellern den deutschen Mindestlohn nicht etwa für

eine Stunde, sondern gegebenenfalls für einen Tag Arbeit zukommen lassen würden.

Doch nichtsdestotrotz gilt allerorts deutsche Zuverlässigkeit und deutsche Gründlichkeit: Wer ein Päckchen wohlfeil von Deutschland nach Panama oder sonst wo in Übersee auf den Weg bringt, kann sicher sein, dass es spätestens acht bis zwölf Tage später am Zielort im Briefkasten landet. Und was lässt sich für schlappe 16 Euro in einem Zwei-Kilo-Päckchen (mindestens 15 x 11 x 1 Zentimeter, maximal L + B + H = 90 Zentimeter – keine Seite

länger als 60 Zentimeter) nicht alles nach Panama schicken? Eine Million Euro in 500er-Noten wiegen beispielsweise nur schlappe 2,24 Kilogramm und passen in ein Päckchen in den Maßen 20 x 16 x 8,2 Zentimeter. Weil die Gewichtsgrenze für ein solches Päckchen allerdings um 24 Gramm überschritten würde, wird der Paketpreis von 43,99 Euro fällig. – Ordnung muss sein. – Aber dafür dürfen Scheine im Gesamtgewicht von bis zu 5 Kilogramm mit. Wahnsinn, was in einer Briefkastenfirma alles zusammenkommen kann.

sm

39

finale

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht – Bund

Der Inhalt im Überblick:

- Vorschriftenammlung auf dem aktuellen Stand
- Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht
- für In- und Ausland
- zahlreiche Erläuterungen
- Hinweise für die Abrechnungspraxis

Was Sie davon haben:

Das bewährte Kompendium ist eine praxisnahe Arbeitshilfe für Personal-sachbearbeiter, die Bundesrecht anwenden – beliebt auch bei Studierenden und Auszubildenden des öffentlichen Dienstes. Es bietet eine praktische Arbeitshilfe für alle Bediensteten in Reise- und Umzugskostenstellen. Die Textsammlung enthält neben den relevanten Gesetzen auch Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Tabellen und zahlreiche Erläuterungen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

257 Seiten

€ 29,90*

ISBN: 978-3-87863-191-0

* zuzügl. Porto und Verpackung

INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMERdbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 BerlinTelefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

☐ Exemplar/e „Reisekosten-, Umzugskosten-, Trennungsgeldrecht – Bund“

☐ Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-0, Fax: 030.726 19 17-40, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Sichere Behördenkommunikation:

Die Katze im Sack lassen

Während Institutionen sich mit sicheren Kommunikationswegen schwertun – man denke an die unendliche Geschichte des digitalen Polizeifunks –, schaffen junge Internet-Startups Fakten. Weil WhatsApp und Co. für die behördliche Kommunikation viel zu unsicher sind, macht ein neuer Dienst aus Hannover die Sache jetzt abhörsicher und damit „amtlich“.

Fast jeder Smartphone-Nutzer hat sich im Privaten an die Annehmlichkeiten der Messenger-Dienste gewöhnt. Allen Sicherheitsbekundungen der meist amerikanischen Unternehmen zum Trotz bezweifelt ein junger deutscher Unternehmer aber, dass die Dienste sicher genug für Firmen- und Behördenkommunikation sind. Es wäre schließlich fatal, wenn zum Beispiel Fahndungsfotos der Polizei, vertrauliche Unterlagen von Ministerien oder Zeichnungen des neuesten Motoren-Prototyps in die falschen Hände gelangten.

Dabei ist gerade im behördlichen Umfeld ein sicherer Umgang mit Daten von zentraler Bedeutung, zumal die Nutzung von WhatsApp oder ähnlichen Diensten im beruflichen Kontext illegal sein kann. Jeder, der zum Beispiel WhatsApp nutzt, stimmt automatisch zu, dass das US-Unternehmen auf die Daten aller Kontakte auf dem Smartphone zugreifen kann. Dies kann erhebliche strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, denn nach EU-Datenschutzrecht darf genau das eigentlich nicht sein. Zwar unterliegt die rein private Nutzung des umstrittenen Dienstes nicht dem Bundesdatenschutzgesetz. Menschen, die ihr Smartphone aber beruflich und privat nutzen, können dennoch Probleme bekommen, weil in diesem Fall das Datenschutzrecht sehr wohl greift.

Bislang mangelt es also an einer technisch und rechtlich sicheren Umgebung, in der



> So könnte die Anwendung von Stashcat bei der Polizei aussehen: Fahndungsstände werden von den Kollegen im Außeneinsatz direkt in die Zentrale gemeldet.

einerseits Daten sicher abgelegt und Informationen ausgetauscht werden, das Unternehmen oder die Behörde aber nicht verlassen können.

Andreas Noack, Geschäftsführer des Kommunikationsunternehmens heinekingmedia aus Hannover, sagt: „Nutzer können bei einem US-Anbieter wie

WhatsApp nie ganz sicher sein, dass ihre Daten auch wirklich verschlüsselt werden.“ Das sei nur möglich, wenn die Kunden den Messenger selbst betrie-

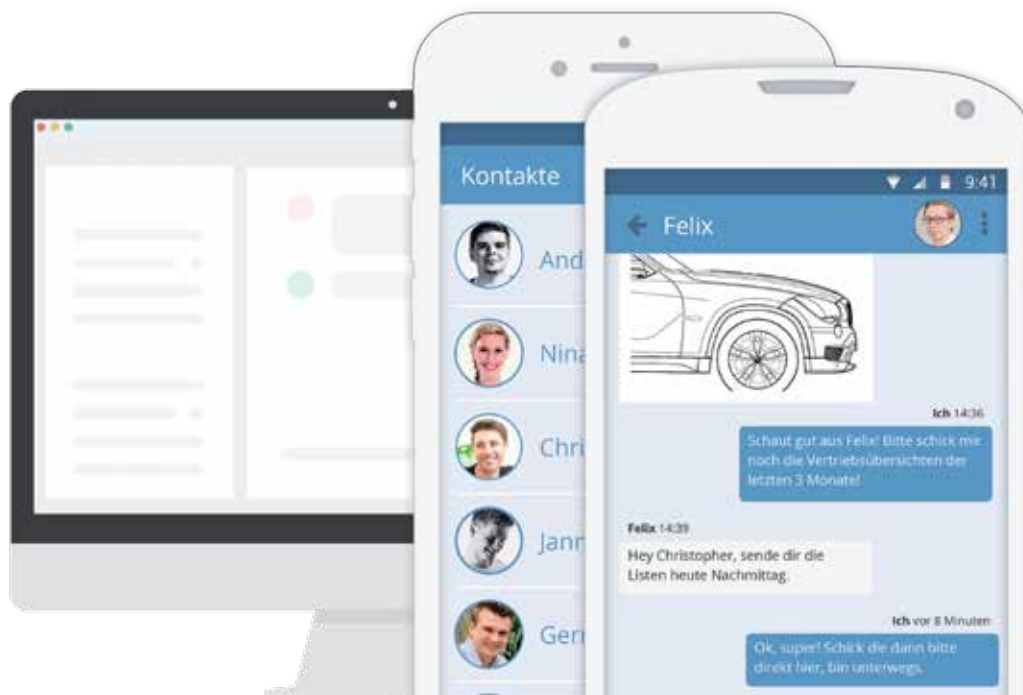
ben. heinekingmedia, das zur MADSACK Mediengruppe gehört, hat mit „Stashcat“ gerade einen Messenger auf den Markt gebracht, der sich an Unternehmen und Behörden richtet und die Funktionen von WhatsApp und Dropbox zu einer abhörsicheren Alternative kombiniert.

Das Unternehmen war bislang vor allem als Anbieter digitaler Schwarzer Bretter für Schulen und Firmen bekannt geworden. Stashcat, frei übersetzt in etwa „Geheimversteck-Katze“, richtet sich damit gezielt an Unternehmen und Behörden. Der Messenger-Dienst ist optisch dem großen Konkurrenten WhatsApp nachempfunden, jedoch in Blau gehalten. Technisch nutzt Stashcat aber deutlich mehr Funktionen.

■ Datenschutzkonforme Plattform

Ob für die Kommunikation im Finanzamt, der Arbeitsagentur oder im Rathaus – Stashcat soll Behörden die Möglichkeit bieten, unkompliziert über angelegte Gruppen miteinander Informationen oder Dokumente auszutauschen. So können beispielsweise in der Gruppe „Standesamt“ alle Mitarbeiter dieser Abteilung miteinander kommunizieren. Raumbelegungspläne für Trauungen können hochgeladen und von allen Gruppenteilnehmern eingesehen werden. Im Einzelchat können einzelne Mitarbeiter in den Austausch treten.

Auch für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) soll Stashcat die Kommunikationslösung für kritische Einsatzsituationen bei Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdienst werden. Mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Inhalte können so zum Beispiel Fahndungen oder Neuigkeiten einzelner Bezirke über das digitale Schwarze Brett zentral in die Leitstelle kommuniziert werden.



Bei den Funktionen erinnert Stashcat auf den ersten Blick also ebenfalls an WhatsApp. Allerdings bietet der Messenger noch mehr: Es gibt Einzelchats, Gruppendiskussionen und die Möglichkeit, Themenkanäle anzulegen. Beim Datenaustausch können die Nutzer aber auch Excel- und Powerpoint-Dateien hin- und herschicken. Außerdem steht eine Suchfunktion zur Verfügung. Der Messenger synchronisiert zudem alle genutzten Geräte der einzelnen Nutzer, sodass der Dienst auf allen Plattformen aktuell bleibt. Dazu wird ein Cloudspeicher genutzt.

■ Vorteile für Behörden

Als wichtigsten Unterschied zu anderen Messenger-Diensten betonen die Macher, dass Stashcat auf Kundenwunsch komplett auf den behörden- oder firmeneigenen Servern laufen kann. „Damit ist die Software grundsätzlich schon deutlich sicherer vor fremden Zugriffen als bei Diensten, die Server Dritter nutzen. Zusätzlich ist Stashcat stark verschlüsselt. Das Einbetten in die Firmeninfrastruktur erlaubt es, den Messenger nach außen gezielt abzuschotten und zugleich Angriffen im Mobilfunknetz oder Internet durch Verschlüsselung entgegenzutreten“, sagt Andreas Noack.

Auf Wunsch lässt sich der Messenger sogar der jeweiligen Corporate Identity anpassen. Nutzer könnten den Messenger sowohl auf Computern als auch als App auf Mobilgeräten nutzen.



Weitere Vorteile seien übergreifende Kommunikation durch zentrale Kanäle und umgehende Erreichbarkeit, die verzweigte Organisierbarkeit verschiedener Nutzergruppen sowie der einfache Austausch von Dokumenten, Bildern oder Videos über alle Endgeräte und Plattformen. Auch der Aufbau behördenübergreifender Kommunikationsnetzwerke soll mit Stashcat möglich sein. Damit greift der Messenger nicht nur die typischen Funktionen bekannter kommerzieller Dienste auf, sondern erweitert sie für das

tägliche Arbeiten im institutionellen Bereich erheblich.

Dass Stashcat anders ist als herkömmliche Messenger, zeigt sich auch darin, dass Privatleute die App zwar in den Appstores der großen Anbieter herunterladen können, für die Benutzung aber eine Registrierung über die firmeneigene Homepage www.stashcat.com benötigen. So kann gar nicht erst der Verdacht aufkommen, dass auch Benutzergruppen, die eigentlich ausgesperrt werden sollen, in den Genuss hoher Abhörsicherheit kommen: „Stashcat ist eine Unternehmenslösung, die nicht frei im Netz geladen und verwendet werden kann. Mit jedem Unternehmen schließen wir einen Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung ab. Selbstverständlich machen wir Gruppen mit kriminellen Absichten nicht zu unseren Kunden“, versichert Noack, auf dessen Stashcat-Homepage derzeit die Möglichkeit besteht, erste Demo-Accounts zu beantragen.

Erste Institutionen haben bereits Interesse an dem System bekundet, deren Namen heinekingmedia aus Datenschutzgründen allerdings nicht nennen darf.

br

> GdS

Spitzengespräch mit der DRV Bund

Ein Resümee zur Rentenpolitik der vergangenen zwei Jahre und ein Ausblick auf geplante Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung waren die beiden zentralen Aspekte eines Spitzengesprächs zwischen der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund am 14. März 2016 in Berlin. Weiteres Thema war die Situation der Beschäftigten bei der DRV Bund. Zuletzt hatten sich die Spitzen von GdS und DRV Bund im Mai 2014 kurz vor der Einführung des sogenannten „Rentenpakets“ der Bundesregierung getroffen. Mit etwas Abstand konnte der Präsident der DRV Bund, Axel Reimann, nun bilanzieren, dass die Rentenversicherung die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur „Rente ab 63“ und zur Mütterrente trotz des knappen Vorlaufs „sehr ordentlich über die Bühne“ gebracht habe. Dabei hätten die Beschäftigten eine großartige Leistung erbracht. Mit Blick auf die Pläne der Koalition für eine „Flexi-Rente“, die noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden soll, gab Reimann zu bedenken, dass die Umsetzung einer solchen Reform erheblichen zeitlichen Vorlauf benötige. Diesen Vorbehalt stimmte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner aus Sicht der Beschäftigten ausdrücklich zu. Zu den Überlegungen für eine „Deutschland-Rente“, die im Dezember 2015



> Maik Wagner,
Bundesvorsitzender der GdS

zugesprächs zwischen der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund am 14. März 2016 in Berlin. Weiteres Thema war die Situation der Beschäftigten bei der DRV Bund. Zuletzt hatten sich die Spitzen von GdS und DRV Bund im Mai 2014 kurz vor der Einführung des sogenannten „Rentenpakets“ der Bundesregierung getroffen. Mit etwas Abstand konnte der Präsident der DRV Bund, Axel Reimann, nun bilanzieren, dass die Rentenversicherung die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur „Rente ab 63“ und zur Mütterrente trotz des knappen Vorlaufs „sehr ordentlich über die Bühne“ gebracht habe. Dabei hätten die Beschäftigten eine großartige Leistung erbracht. Mit Blick auf die Pläne der Koalition für eine „Flexi-Rente“, die noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden soll, gab Reimann zu bedenken, dass die Umsetzung einer solchen Reform erheblichen zeitlichen Vorlauf benötige. Diesen Vorbehalt stimmte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner aus Sicht der Beschäftigten ausdrücklich zu. Zu den Überlegungen für eine „Deutschland-Rente“, die im Dezember 2015

durch hessische Minister von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorgestellt worden waren, äußerten sich die Gesprächsteilnehmer eher skeptisch. Die GdS-Delegation brachte auch die immer noch unbefriedigende Situation der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Tarifgebieten Ost und West zur Sprache. Die GdS fordere, dass sich die Tarifpartner mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung endlich auf einheitliche Regelungen verständigen, so Wagner. ■

> DPoIG

Einbruchszahlen alarmierend

Vor dem Hintergrund bundesweit gestiegener Wohnungseinbruchszahlen im Jahr 2015 fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), endlich effektive Maßnahmen zur Bekämpfung auf den Weg zu



> Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der DPoIG

bringen. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sieht vor allem die Länder am Zug. „Wir brauchen dringend die Einrichtung eines länderübergreifenden Vorgangsbearbeitungssystems, das recherchefähig sein muss. Es kann nicht sein, dass eine kriminelle Bande eine Reihe von Einbrüchen in Sachsen begeht, dann weiter nach Nordrhein-Westfalen reist und dort niemand bei der Polizei auf Erkenntnisse zuvor begangener Straftaten zugreifen kann. An dieser Stelle verhalten sich die Länder immer noch wie Provinzfürsten“, sagte Wendt. Außerdem unterstütze die DPoIG

den Vorschlag der CDU Hamburg, die Gesetze bei Einbruchskriminalität so zu verschärfen, dass sie zumindest auf einen Teil der Täter abschreckend wirken. Der oft bei Gerichtsverfahren gegen Einbrecher angewandte minderschwere Fall solle abgeschafft und dafür der Wohnungseinbruchdiebstahl in den Katalog der schweren Straftaten aufgenommen werden. Wendt: „Es muss endlich gehandelt werden, sonst bekommen die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, Deutschland fällt unter die Räuber.“ ■

> DSTG

Konsequent gegen Briefkastenfirmen vorgehen

In zahlreichen Medieninterviews zeigte DSTG-Chef Thomas Eigenthaler am 4. April 2016 den Weg für eine Erfolg versprechende Bekämpfung der weltumspannenden Briefkastenfirmen auf. Mit der Aufdeckung und Publizierung des internationalen Briefkastenfirmen-Geflechts „Panama Papers“ sei nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar, warnte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Zahlreiche Offshore-Zentren seien weltweit verteilt und verursachten dem deutschen Fiskus jährlich viele Milliarden Steuerausfälle. Die Verständigung auf internationale Betrugsbekämpfungsaktivitäten sei kein zeitnah Erfolg versprechendes Mittel, dem seit Jahren bekannten Problem wirksam zu begegnen. „Diese international

abgestimmten Maßnahmen sind von Freiwilligkeit und Konsensstreben geprägt, und das birgt stets Schwerfälligkeit und ein großes Risiko des Scheiterns.“ Eigenthaler appellierte an die Bundesregierung, sich



> Thomas Eigenthaler,
Bundesvorsitzender der DSTG

nicht hinter langwierigen internationalen Vorhaben zu verstecken, sondern den Kampf sofort konsequent und mit wirksamen nationalen Maßnahmen aufzunehmen. Der Steuergewerkschafter forderte als nationale Sofortmaßnahme eine Beweislastumkehr im deutschen Steuerrecht. Zukünftig müsse nicht der deutsche Fiskus nachweisen können, dass etwas in der Steueroase nicht stimmt, sondern der Betroffene müsse vernünftige Motive für sein Handeln nachweisen. Gelingen das nicht plausibel, dürfe es keinen steuermindernden Abschlag von entsprechenden Ausgaben geben. Dann müssten Gewinnzuschläge in Deutschland wegen unklarer Geschäftslage fällig werden. „Briefkastenfirmen müssen dann vom deutschen Steuerrecht als nicht existent behandelt werden.“ Man könne den internationalen „Sumpf nur mit fühlbaren Sanktionen trocken legen“, so Eigenthaler. ■

> dbb Hessen

Der hessische Landesbund des dbb hat eine Petition gestartet, um den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. Unter dem Motto „Schluss mit den Sonderopfern der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen!“ werden den Politikern die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und die ausgebliebenen Gehaltsanpassungen der vergangenen Jahre vor Augen geführt, teilte der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, dazu am 4. April 2016 mit: „Durch die Onlinepetition kann jeder Interessierte die hessischen Beamtinnen und Beamten in ihrem Wunsch nach angemessener Behandlung und Entlohnung unterstützen.“ Die Petition ist zu finden unter www.petition.dbbhessen.de.

Lesenswertes vom dbb verlag empfohlen

Romanphantasie um eine amerikanische Präsidentenwahl



Anzahl: _____

Verschwörung gegen Amerika Philip Roth

Wahlen in den USA – allerdings nicht 2016, sondern 1940. Roth entwirft eine Fiktion, nach der Fliegerheld Charles Lindbergh deutlich seinen Gegenkandidaten Franklin D. Roosevelt besiegt und zum unumstrittenen Volksheld avanciert. Der fiktive Präsident Lindbergh, der auch in der Realität als Faschistenfreund mit antisemitischen Tendenzen gegolten hat, tritt nicht in den 2. Weltkrieg gegen Nazideutschland ein. Umsiedlungsprogramme und antisemitische Ausschreitungen versetzen die jüdische Bevölkerung in Angst und Schrecken. So auch die Familie Roth in Newark, deren kleiner Sohn Philipp als Erzähler des Romans auftritt. Am Ende des Buches findet der Leser einen Überblick über die von Roth in seiner Romanphantasie verarbeiteten historischen Fakten.

542 Seiten, brosch., 9,90 Euro

Gesellschaftsroman über die Lügen des Lebens



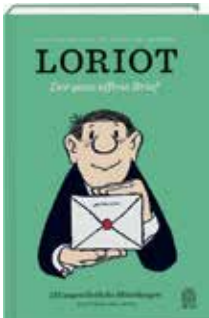
Anzahl: _____

Die Gierigen Karine Tuil

Der Roman über einen tunesischstämmigen Aufsteiger galt bei seinem Erscheinen in Frankreich als kleine Sensation. Die Hauptfigur Samir bringt es mit viel Energie, Ehrgeiz und Skrupellosigkeit – u. a. schlüpft der arabischstämmige Sohn einer Hausangestellten in die Identität eines Studienfreundes – zum gefeierten New Yorker Staranwalt. Bevor ihn auf dem Höhepunkt seiner beruflichen und gesellschaftlichen Karriere die eigene Vergangenheit gnadenlos einholt, gibt es folgenreiche Wiederbegrüßungen mit den Studienfreunden und seiner in New Yorker Businesskreisen verschwiegene Herkunftsfamilie. „Ein grandioses Sittengemälde unsere Zeit“, so das Urteil in „titel, thesen, temperamente“.

477 Seiten, brosch., 12,99 Euro

Satirische Kurzmitteilungen



Anzahl: _____

Der ganz offene Brief Loriot

Über hundert „offene Briefe“ schrieb Vicco von Bülow, alias Loriot, von 1957 bis 1961 für die Illustrierte „Quick“, die heute kaum noch bekannt ist, vor über 50 Jahren aber noch sehr erfolgreich mit „Bunte“ und „Stern“ konkurrierte. In der satirischen Kolumne hat Loriot regelmäßig das aktuelle Zeitgeschehen, kuriose Meldungen oder auch private Ärgernisse aufs Korn genommen. Gewürzt ist jeder Brief natürlich mit einer von Lorient berühmten Zeichnungen. Der Band versammelt erstmals vollständig die Kolumnen in einem Buch.

280 Seiten, geb., 20,00 Euro

Psychologische Reibereien sind allgegenwärtig



Anzahl: _____

Schluss mit diesen Spielchen! (Sonderausgabe)

Renate Dehner, Ulrich Dehner

Psychologische Spielchen sind allgegenwärtig, in der Familie, im Beruf, unter Nachbarn und Freunden. Sie laufen unterbewusst ab, folgen gleichbleibenden Mechanismen und enden meist mit miesen Gefühlen. Wenn man allerdings gelernt hat, sie zu erkennen und nicht mehr darauf hereinfällt, kann man sogar seinen Spaß daran haben. Das Buch zeigt – unterlegt mit zahlreichen Beispielen – den typischen Ablauf solcher Spielchen und wie man es schafft, zum „Spielverderber“ zu werden.

232 Seiten, brosch., 12,99 Euro

Die Hintergründe der Krise



Anzahl: _____

Arabische Welt

Spätestens seit Beginn der gewaltigen Flüchtlingsströme Richtung Westen hat die Krise in der arabischen Welt auf Europa übergegriffen. Grund genug für eine genauere Betrachtung ihrer Ursachen, die sich nicht einfach auf das Assad-Regime reduzieren lassen, sondern sehr vielschichtig sind. Die Publikation von Le Monde diplomatique arbeitet den gefährlichsten Zündstoff in einzelnen Aufsätzen auf. Despotische Herrscher, konfessionelle Konflikte und die israelische Siedlungspolitik spielen dabei ebenso eine Rolle wie Bildungsstandards, das verschleppte Palästina-Problem oder die amerikanische Embargopolitik.

109 Seiten, Großband, brosch., 8,50 Euro

So verstehen Sie Ihren Arzt



Anzahl: _____

Arzt – deutsch deutsch – Arzt Dr. med. Eckart von Hirschhausen

Erklärtes Ziel des Autors ist es, Verständnis und Transparenz ins Gesundheitswesen zu bringen – und das gelingt mit der humorvollen, aber zugleich auch sehr informativen „Entzauberung“ der ärztlichen Terminologie vortrefflich. Zwar besteht die medizinische Fachsprache aus nicht weniger als 200 000 Fachbegriffen, die sich aber aus einer überschaubaren Anzahl von Grundelementen zusammensetzen, deren Kenntnis dem Patienten bei der Entschlüsselung ärztlicher Diagnosen schon sehr viel weiterhilft. Darüber hinaus erläutert der Verfasser die wichtigsten Untersuchungsmethoden, fachärztliche, pharmazeutische und alternativmedizinischen Begriffe.

168 Seiten, geb., 12,99 Euro

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-40 abschicken.

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-0, Fax: 030.7261917-40, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

**dbb
verlag**

Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon 030 7261917-0 • Telefax 030 7261917-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

> tbb

Vorschaltgesetz zur Gebietsreform kritisiert

„Diesem Vorschaltgesetz haftet nach unserer Auffassung der massive Mangel an, keine Aussagen zu den beabsichtigten Regelungen für die Bediensteten – sowohl die Beamten als auch die Tarifbeschäftigten – zu treffen“, kritisierte der Vorsitzende des



> Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb

Thüringer Beamtenbundes (tbb), Helmut Liebermann, den Entwurf des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform am 8. April 2016. Nach Auffassung des tbb besteht die Gefahr, dass damit Vorgaben für die Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung frühzeitig festgezurrten würden, die später erhebliche und dann aus rechtlichen Gründen unvermeidliche Auswirkungen auf die Bediensteten, die Aufgabenerfüllung der Verwaltung und nicht zuletzt auf die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern haben. „Das Festhalten der Landesregierung am Abbau von mehr als 8 800 Stellen zusammen mit dem Vorhaben, Gemeinden und Landkreise aufzulösen, nährt die Befürchtung, dass hier ein unsozialer Stellenabbau stattfinden soll“, fasst Liebermann die Bedenken unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zusammen. „Dafür spricht, dass das Gesetz dazu keine Aussagen macht und die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf im bisherigen Gesetzgebungsverfahren

ren noch nicht angehört wurden. Erst müssen die Rahmenbedingungen für das Personal stehen – dann kann Veränderung erfolgen.“ Ohne weitergehende Regelungen für die Bediensteten im Gesetzentwurf wären laut tbb nach jetzigem Stand die Tarifbeschäftigten über § 613 a BGB nur für ein Jahr vor betriebsbedingten Kündigungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen geschützt. ■

> DPhV

Turnhallen für Schulsport freigeben

Angesichts stark zurückgehender Flüchtlingszahlen und leer stehender Unterkünfte hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) die Bundesländer am 11. April 2016 aufgefordert, zweckentfremdete Turnhallen wieder für den Sportunterricht freizugeben. „Die Belegung von Turnhallen darf



> Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV

keine Dauerlösung sein“, sagte DPhV-Chef Heinz-Peter Meidinger der Neuen Osnabrücker Zeitung. Nach Meidingers Angaben stehen in Deutschland etwa 1 000 Schulturnhallen wegen der Unterbringung von Flüchtlingen für den Sportunterricht nicht zur Verfügung. Dadurch seien seit September 2015 etwa 50 000 Sportstunden ausgefallen oder konnten nur mit starken Einschränkungen erteilt werden. Besonders in Berlin und in Nordrhein-Westfalen seien noch immer viele Hallen belegt. Die Bereitschaft von Schülern, Eltern

und Lehrern, Flüchtlingen zu helfen, sei groß. „Aber jetzt ist es an der Zeit, Notlösungen zu beenden“, erklärte Meidinger mit Blick auf die freien Plätze in Flüchtlingsunterkünften. Der Sportunterricht müsse an den Schulen wieder in vollem Umfang erteilt werden können. Der Philologenverband appellierte ferner an die Länder, die Mittel zur notwendigen Renovierung der Schulturnhallen bereitzustellen. Deren Spezialböden hätten unter anderem durch die Aufstellung von Metallbetten gelitten und müssten nun wieder hergerichtet werden. ■

> DBB NRW

Anreize für Pensionäre bei der Flüchtlingshilfe

Nach bisheriger Rechtslage sind Einkünfte, die ehemalige Beamte aus einer Tätigkeit bei Behörden erhalten, unter Beachtung bestimmter Höchstgrenzen auf die Pensionen anzurechnen. Mit Blick auf den großen Bedarf an professioneller Unterstützung bei der Flüchtlingshilfe ist diese Regelung in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt worden. Damit wird einer Forderung des DBB NRW für die Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte zur Mithilfe bei der Flüchtlingsbetreuung Rech-

nung getragen. Mit der vom Landtag beschlossenen Neuordnung erhalten die Pensionäre, die im Rahmen der Flüchtlingshilfe im öffentlichen Dienst tätig werden, sowohl ihre Pensionen als



> Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW

auch die Vergütung aus der Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe. Die Regelung ist bis zum Ende des Jahres 2018 befristet. Darüber hinaus erhalten insbesondere Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die kurz vor ihrem Eintritt in den Ruhestand stehen, einen zehnprozentigen Zuschlag auf ihr Grundgehalt, wenn sie weiter arbeiten. Der Zuschlag wird längstens bis zum 31. Dezember 2019 gewährt: „Ohne erfahrene Beamtinnen und Beamte ist eine kurzfristige und effektive Flüchtlingshilfe nicht zu gewährleisten. Gut, dass die Landesregierung das gesehen und entsprechend gehandelt hat“, sagte Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. ■

> BTB

Mehr Qualitäts-, Kosten- und Terminsicherheit bei öffentlichen Bauvorhaben hat die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft BTB gefordert. Der BTB verwies auf das Reformprogramm „Bundesbau“, mit dem Bundesbauministerin Barbara Hendricks beabsichtigt, die Bereiche der Ermittlung des Baubedarfs, der Vorbereitung der Termin- und Kostenermittlung, des Vergabeverfahrens, der Erteilung des Zuschlags sowie die Planungs- und Bauausführungsüberwachung und der Personalausstattung zu verbessern. Insbesondere die Forderung, dass öffentliche Auftraggeber durch geeignetes Fachpersonal sicherstellen müssen, dass die beauftragten Unternehmen die ihnen vorgegebenen und mit ihnen vereinbarten Qualitätskriterien, Termine und Kosten einhalten, „ist richtig und muss zeitnah umgesetzt werden“, erklärte der BTB-Bundesvorsitzende Jan Seidel am 30. März 2016.

Reise und Erholung

DEUTSCHLAND

Mecklenburg, FEWO (2 Zi., Kü., Bad), 1 km: romantische Höhenburg / 6 km: tolle Badeseen, ab 45,- €/T., **Tel. 03960/323605**

Usedom-Bike-Hotel & Suites, Ihre Rad-Unterkunft, ein Traum direkt am Meer. **www.usedom-suites.de, 0171/7751029**

Kühlungsborn/Ostsee, FeWo 2-4 Personen, **www.fewo-muehlenblick.de, Tel. 01 51/26894575**

Fischland-Darß, 2 FeWo in Zingst, 150 m z. Strand, **Tel. 01 77/5634935, www.fewo-haus-sonnenschein.de**

Insel Rügen - Ferienwohnungen direkt am Wasser! Ruhig, sonnig, komfortabel, für 2-4 Personen, ab 45,- €, Fam. Jens, Putbus/Neuendorf, Tel. (0383 01) 602 89, **www.alte-bootswerft.de**

Nordseebad Otterndorf von Privat 2 exkl. 4*-FeWo in der hist. Altstadt. Alle Infos unter **www.nuske-ott.de**

Schöne Ferienwohnung nahe Ostsee, bis 4 Personen, Haustiere erlaubt, alles neu, **fewopruch.wordpress.com, Tel. 0170/7343403**

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne-FeWos, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 **www.rickerts.de**

Nieblum/Föhr, gemütl. FeWo, bis 3 P., keine Tiere, NR, **01 74/4240347 oder 040/8703574 oder 04681/1665**

Westerland/Sylt, 2 gemütl. Ferienwohnungen, 2 u. 4 Personen, 300 m Strandnähe. Tel. (040) 6476276 oder (04651) 23338

Urlaub an der Nordsee!

Schöne Ferienwohnungen und Appartements zu günstigen Preisen.

Sie können bei Flut in der Nordsee und bei Ebbe im Freibad baden, Sonnenbaden, Sandburgen bauen, Wattwandern, Windsurfen oder die wunderschöne Umgebung mit dem Fahrrad erschließen. Ganzjährig geöffnet.

„Das Fischerhaus“ - Roswitha Alts Robbenstr. 2 - 26506 Norddeich Tel. (04931) 81234 - Fax (04931) 8754

Lüneburger Heide

...da, wo sie am schönsten ist. **Komfort. Fewos: Tel. 05827/970690 www.landhaus-am-tannhof.de**

Fewo mit moderner Ausstattung, 1-3 Pers. am Nationalpark Kellerwald-Edersee. **www.diewohlfuehlcase.eu, T. 0170/9602577**

Mosel, 10 FeWo in Bernkastel-Kues, 1-3 Schlafz., Burgblick-Balkon, 2-8 P. Tel. (06531) 1421, **www.mosel-ferien.de**

MOSEL, Weingut Nähe Bernkastel, FeWo, 2-4 Pers. ab 50 €; DZ, DU/WC, Frühstück ab 48 €. Tel. 06535/1241, **www.weingut-falkenburg.de**

Moselurlaub - 54538 Kinheim

Zi. m. DU/WC, TV, 23,- bis 28,- €, inkl. Frühstück, FeApp. 2 Pers. 40,- €, Parkplatz am Haus. Tel./Fax (06532) 4976 **www.reschke-kindel.de**

Urlaub an der Mosel

Weingut J. Bucher, 56843 Burg/Mosel, 1 Woche ÜF 159 € p. P., DZ/DU/WC/Blk. **www.weingut-bucher.de, Tel. 06541/6752**

MOSEL, FeWo 2 Pers. - Moselblick, App. 2-5 Pers., neue Gästezimmer m. DU/WC/TV/Balkon, reichhaltiges Frühstück, Parkplatz, WLAN, Tel. (06541) 810081 - **www.villa-mosel.de**

Bodensee bei Überlingen, 2 komf. FeWos*** (je 2 E + 2 K), in ruh. Lage am Wald, herrl. Alpensicht, Tel., TV, Sauna, Spiel- und Liegewiese, Hausprospekt. Tel. (07554) 8733, **www.ferienwohnung-hofele-bodensee.de**

Tradition-Genuss-Gastfreundschaft im Bayer. Wald. Linderwirtswochen u. -tage, reichh. Frühstücksbuffet, Genusshalbesonne, Entspannung in der Wellnessoase und v. Ma. Sept. solar beheiztes Schwimmbad, Massagen u. Kosmetik. Preis p. P. 389,- € 302,- € u. **www.gasthof-linde-neukirchen.de**

Zellertal - Arberregion - Bayer. Wald: ÜF ab 21,- €! Auch HP, Komfortzimmer u. FeWos! Tel. (09945) 349, Fax 2353, **www.zur-poschinger-huette.de**

Zeil/Main - Fränk. Weinld., FeApp (Kü., DU, WC, TV, ab 29 €/Tg.), Main-Radweg/DB. **Tel. 09524/6150, koepf62@gmail.com**

ÖSTERREICH

WIEN - PREISWERT

10 Minuten vom Westbahnhof, **FeWos** mit DU/WC, Küche, Sat-TV, Tel., WLAN, ab 27,- € pro Pers., **DZ** ab 22,- € pro Pers.

Gally Apartments, A-1150 Wien Arnsteingasse 25, Tel. 0043/1/8929073, Fax 0043/1/8931028, **www.gally.biz**

Tirol, FeWo, 2-6 Personen oder DZ, Tel. (0043) 5246/6613, **www.lechnerhof-tirol.com**

Anzeigenschluss
Ausgabe 6/16:
22.4.2016

ITALIEN

TOSKANA

Weingut, Ferienwohnung, dtsch. Ltg. **www.beglueckende-toskana.de**

Umbrien/Trasimenosee, FeWo mit Pool, reiten, wandern, biken, reizvolle Alleinlage. **privat 08138/4361480, www.cerreto.de**

Danke!

Wir danken allen Spendern in Deutschland für 60 Jahre Engagement und Vertrauen! Bitte unterstützen Sie weiterhin Kinder und Familien in Not.



SOS KINDERDÖRFER WELTWEIT

Tel.: 0800/5030300 (gebührenfrei)
IBAN DE22 4306 0967 2222 2000 00
BIC GENO DE 31 GLS
www.sos-kinderdoerfer.de

60 Jahre



Unser Anzeigenteam erreichen Sie unter:

Tel. 021 02/7 40 23-0

Fax 021 02/7 40 23-99

E-Mail: **mediacenter@dbbverlag.de**



dbb verlag

Anzeigen-Coupon für die Rubrik „Reise und Erholung“

Einfach ausfüllen und senden an: **dbb verlag gmbh | Mediacenter | Dechenstr. 15 a | 40878 Ratingen | Fax 0 21 02/7 40 23-99 | E-Mail: b.urbanski@dbbverlag.de**
Haben Sie Fragen? Sie erreichen uns unter Telefon 0 21 02/7 40 23-7 12

Größe Preis in €

(r-spaltig)	(sw)	
↓		
8 mm	53,60	
11 mm	73,70	
13 mm	87,10	
16 mm	107,20	
18 mm	120,60	

Die Mindestanzeigengröße beträgt 8 Millimeter. Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer.

Name _____ E-Mail _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bei Einzugs ermäßigt abzüglich 2 % Skonto

Kontoinhaber: _____

Geldinstitut: _____ Ort: _____

IBAN _____

BIC _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Mit Ihrer Anzeige erreichen Sie ca. 600.000 Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Eine Buchung beinhaltet die Veröffentlichung im dbb magazin sowie in den Teilausgaben Aktiv im Ruhestand, BDZ magazin, BTB magazin, DJG magazin, DPVKOM Magazin, DSTG magazin, GDL Magazin VORAUS, GdS MAGAZIN, komba magazin, Profil, Polizeispiegel, Strassenwörter, vbb magazin und VBOB Magazin.

Ausgaben

(bitte ankreuzen)

- ☐ Januar/Februar
- ☐ März
- ☐ April
- ☐ Mai
- ☐ Juni
- ☐ Juli/August
- ☐ September
- ☐ Oktober
- ☐ November
- ☐ Dezember

Rabatte
3 x 3 %
5 x 5 %
10 x 10 %

> DPVKOM

Tarifeinigung mit der Deutschen Telekom

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat in der vierten Tarifverhandlungsrunde am 14. April 2016



> Karlheinz Vernet Kosik, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPVKOM

mit der Deutschen Telekom in Bonn eine Tarifeinigung für die Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Technik GmbH erzielt. Dabei verständigten sich beide Seiten auf eine Entgeltsteigerung von 2,2 Prozent rückwirkend zum 1. April 2016. Am 1. April 2017 werden die Entgelte dann um weitere 2,1 Prozent angehoben. Bei den unteren Entgeltstufen ist eine Steigerung zum 1. April 2016 um 2,6 Prozent und ein Jahr später um weitere 2,1 Prozent vorgesehen. Darüber hinaus konnte die DPVKOM eine Anhebung der Vergütungen für Auszubildende und Duale Studenten um 35 Euro monatlich ab dem 1. April 2016 und um weitere 25 Euro ab dem 1. April 2017 erreichen. Der Kündigungsschutz wird um etwa drei Jahre bis zum 31. Dezember 2018 verlängert. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beginnt am 1. Februar 2016 und endet am 31. Januar 2018. „Mit diesem Tarifaabschluss haben wir es – auch dank der Streikbereitschaft der Mitarbeiter –

geschafft, dass die Beschäftigten unter dem Strich mehr Geld im Portemonnaie und ein Stückweit mehr Sicherheit hinsichtlich ihrer Arbeitsplätze im Unternehmen haben“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer der DPVKOM, Karlheinz Vernet Kosik, nach der Tarifverhandlung in Bonn. Und weiter: „Damit wird die hervorragende Arbeit der Telekom-Mitarbeiter zumindest in Ansätzen honoriert.“ ■

> BPolG

Kritik am Sparen auf Kosten der Sicherheit

Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPoG Bundespolizeigewerkschaft, hat am 17. April 2016 im WDR das Sparen auf Kosten der Sicherheit kritisiert. Damit reagierte Walter auf kürzlich erfolgte Sicherheitstests durch EU-Kontrol-



> Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft BPolG in der DPoG

leure am Flughafen Köln/Bonn, die erhebliche Sicherheitsmängel bei den Fluggastkontrollen erbrachten. So konnten mehrere gefährliche Gegenstände von den Testern unbehelligt mitgenommen werden. Die Hauptverantwortung dafür liege beim Bund, sagte Walter. Der müsse endlich etwas unternehmen, um die Sicherheit und letztlich die eigenen Sicherheitsvorgaben für Flughäfen zu erfüllen. Im Mittelpunkt der Fluggastkontrollen dürften nicht mehr Schnelligkeit und Kostenreduzierung stehen. ■

> KEG

Bundesdelegiertentag in Paderborn

> Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt (rechts) mit dem wiedergewählten KEG-Bundesvorsitzenden Dr. Bernd Uwe Althaus beim Bundesdelegiertentag der KEG in Paderborn.

Vom 15. bis 17. April 2016 fand in Paderborn der Bundesdelegiertentag der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) statt. Dr. Bernd Uwe Althaus wurde erneut in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Gerlinde Kohl, Maria Espelage, Norbert Bocksch und Franz-Josef Fischer. Als geistlicher Beirat wurde Prof. Dr. Ehrenfried Schulz bestätigt. „Wir leben in unruhigen Zeiten, Kontinuität wird von Dynamik verdrängt. Gerade jetzt stehen Lehrkräfte und Pädagogen vor der großen Herausforderung, jungen Menschen eine dauerhaft stabile Werteordnung mit auf den Lebensweg zu geben“, sagte dbb Chef Klaus Dauderstädt am 16. April 2016 in einem Grußwort zur Bedeutung der Bildungsberufe. Die Bildungsbeauftragten seien besonders herausgefordert, denn „sie können Kinder und Jugendlichen einen starken Wertekanon vermitteln, der ihnen Orientierung und Halt gibt und dabei hilft, bei allen Unwägbarkeiten unserer Zeit, die Menschlichkeit nicht aus dem Blick zu verlieren.“ Den Festvortrag zum Thema „Auf euch kommt es an – Bildung und Erziehung aus christlicher Verantwortung“ hielt Prof. Dr. Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg. Anlässlich des Delegiertentages verabschiedete der Verband auch einen Leitantrag, in dem die inhaltlichen Schwerpunkte für die neue Wahlperiode gesetzt wurden.

> BDZ

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) ist als klarer Sieger aus der Personalratswahl am 5. April 2016 hervorgegangen. Nach den endgültigen Endergebnissen hat der BDZ auf allen Ebenen absolute Mehrheiten erzielt. Im Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Finanzen sowie im Bezirkspersonalrat bei der Generalzolldirektion erreichte der BDZ jeweils 17 von 31 Sitzen und im Gesamtpersonalrat bei der Generalzolldirektion 14 von 21 Sitzen. BDZ-Bundesvorsitzender und HPR-Vorsitzender Dieter Dewes dankte allen Wählerinnen und Wählern für diesen Vertrauensbeweis. Mit den Spitzenkandidaten Dieter Dewes (HPR), Christian Beisch (BPR) und Thomas Liebel (GPR) wird der BDZ für den Vorsitz in allen drei Gremien antreten.

Kulisse:

Irren ist menschlich

■ **Glückliches Schweden** – dort haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Anspruch auf einen Kitaplatz und werden bis zur Einschulung betreut. Kürzlich verschickte die Stadt Hylte die Anmeldeformulare an Eltern, deren Kinder zwischen 2011 und 2013 geboren wurden. Dabei passierte dem Rechenzentrum offenbar eine Panne, denn einbezogen wurden alle Einwohner der Jahrgänge 11 bis 13, was auch eine 104-jährige Seniorin, Jahrgang 1912, einschloss. Die alte Dame lehnte den Kindergartenplatz dankend ab und schmunzelte über die zweite Panne: Der Brief war nicht an sie, dem vermeintlichen Kleinkind, adressiert worden, sondern an ihre 78-jährige Tochter, die der Computer wohl als Erziehungsbeauftragte ausgemacht hatte. Bleibt zu hoffen, dass es den städtischen IT-Spezialisten in den kommenden zwei Jahren gelingt, die Panne zu beheben, sonst wird die alte Dame mit 106 zur Einschulung zitiert.

■ **Drogen in Tüten** – etwas anderes kam für einen Spaziergänger in Sasbachwalen in Baden-Württemberg erst gar nicht in Betracht. Der 55-Jährige erschien mit mehreren verknoteten Beuteln auf der Polizeiwache in Achern und berichtete, dass er einen Verdächtigen beobachtet habe, der die schwarzen Plastikbeutel in einer öffentlichen Mülltonne deponiert und sich dann schnell entfernt habe. Offenbar sensibilisiert durch den regelmäßigen Konsum einschlägiger TV-Krimis, wusste der Spaziergänger gleich, um was es ging: eine konspirative Drogenübergabe. Die Beweisstücke überreichte er am nächsten Tag den Polizeibeamten, die allerdings bereits ob des Geruchs schnell Entwarnung geben konnten. Der Spaziergänger hatte mehrere Beutel mit Hundekot auf die Wache gebracht. Ob er die Fundstücke über Nacht in seiner Wohnung aufbewahrt hatte, ist nicht bekannt.

■ **Teures Brennholz** – fällten zwei Männer letzten Herbst in Baldham in Oberbayern in einem Waldstück nahe der Bahntrasse. Trotz professioneller Ausrüstung und erfolgreicher Teilnahme an einem Motorsägenlehrgang änderte eine 25 Meter hohe Fichte, die parallel zu den Gleisen stürzen sollte, die Fallrichtung, krachte

■ **Kalte Pizza** – schmeckt nicht, und auch eine verunglückte Lieferfahrt wird einem Pizzaboten in Frankenthal am Ende nicht geschmeckt haben. Der junge Mann sollte spätabends eine Pizza ausliefern und musste infolge einer gesperrten Bundesstraße einer Umleitung folgen. Dabei bog er – irritiert durch die Straßen-



gegen die Lärmschutzwand, durchschlug die Oberleitung und blieb in Teilen auf den Schienen liegen. Ein S-Bahnfahrer musste seinen Zug notbremsen, der dennoch mit dem Baumstamm kollidierte. Die S-Bahn schob dabei das Hindernis zur Seite, und es entstand „nur“ ein Sachschaden in Höhe von rund 23 000 Euro. Jetzt kam vor dem Amtsgericht in Ebersberg das dicke Ende für die Holzfäller nach. Sie wurden zu einer Geldstrafe von jeweils 4 500 Euro wegen fahrlässigen und gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr verurteilt. Obgleich weder die Männer noch das Gericht eine Erklärung für den Richtungswechsel des Baumes liefern konnten, ist das Urteil rechtskräftig.

beleuchtung – falsch ab und folgte einem Feldweg. Nach kurzer Fahrt blieb der Pkw im Matsch stecken. Hilfe holen konnte der 22-Jährige nicht, weil sein Handy-Akku leer war, und so machte er sich pflichtbewusst mit seiner Pizza zu Fuß auf den Weg. Nach Irrwegen über die Felder erreichte er endlich eine geschlossene Tankstelle und konnte dort über einen Notrufknopf einen Sicherheitsdienst erreichen, der wiederum die Polizei verständigte. Die Beamten sammelten den Unglücksboten ein. Sein Auto war indes in der Dunkelheit nicht zu finden, sodass ihnen nur übrig blieb, Mann und inzwischen kalt gewordene Pizza in Ludwigshafen in der Pizzabäckerei abzuliefern. ■



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder
Telefon 0800 292 22 74.

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah